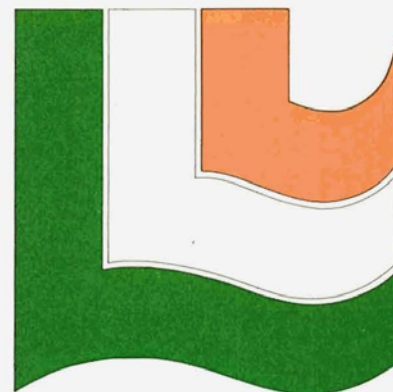


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 4



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 20. 2. 1990

WORT UND WIDERWORT

Bedeutet Facharbeitermangel mehr Chancen für Mädchen?

*Obwohl Frauen und Mädchen noch nie so gut ausgebildet gewesen seien wie heute, sei die Gleichberechtigung im Erwerbsbereich bei weitem noch nicht verwirklicht. So seien junge Frauen trotz ständig gestiegener schulischer Qualifikation die vom Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen Hauptbetroffenen geblieben. In verstärktem Maße sei deshalb die Wirtschaft selbst gefordert, insbesondere bei ihrem Werben um die jungen Frauen im gewerblich-technischen Bereich. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Marita Rauterkus**. Der CDU-Abgeordnete **Helmut Harbich** vertritt die Auffassung, offensichtlich gelte es noch in vielen Betrieben Vorurteile gegenüber Frauen in den gewerblich-technischen Berufen abzubauen und die Ausbildung mädchengerechter zu gestalten. Der Schlüssel für die Beschäftigung von mehr Frauen und Mädchen in Betrieben liege also in der betrieblichen Personalpolitik. Sie habe für frauengerechte Aus- und Weiterbildung zu sorgen. Die Chancen für Mädchen nach der Entwicklung der Frauenbeschäftigung seien so gut wie nie. Die F.D.P.-Abgeordnete **Ruth Witteler-Koch** betont, der aktuelle Facharbeitermangel bringe für gut ausgebildete Mädchen in gewerblich-technischen Berufen jetzt die Chancen, die Mädchen bisher in diesen Berufen nicht gehabt hätten. Immer noch gebe es große Vorurteile gegenüber jungen Frauen und Mädchen in diesen Berufen, auch Vorbehalte wegen möglicher Schwangerschaften und den damit entstehenden Kosten und wegen höherer Sozialkosten. Die Liberalen sähen jedoch keinen Hinderungsgrund für die Einstellung von Gesellinnen in den unterschiedlichsten Facharbeiterberufen. (Seite 2)*

Regierungserklärung von Rau – Soziale Gerechtigkeit

Bundesrepublik muß DDR rasch helfen

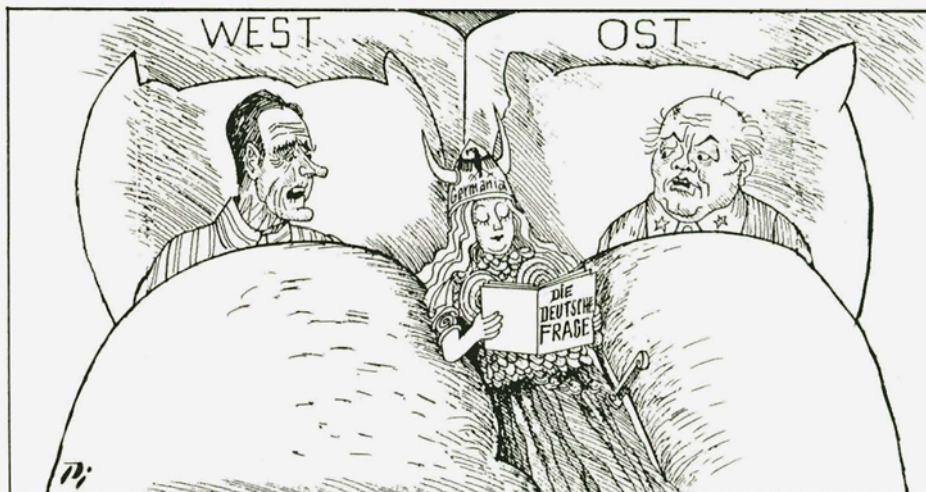
Die Bundesrepublik müsse der DDR rasch helfen. Jedes Zögern koste mehr. Die neue Wohnung im sozialen Wohnungsbau für einen Übersiedler in Dortmund werde weit teurer als die Renovierung der Altbauwohnung in Dresden. Das stellte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer Regierungserklärung zur Deutschlandpolitik fest.

Die DDR müsse jetzt die Voraussetzungen für eine leistungsfähige, soziale und ökologische Marktwirtschaft schaffen. Gleichzeitig sei eine Wirtschafts- und Währungs-gemeinschaft voranzutreiben. Ohne soziale Sicherheit gebe es aber keine wirtschaftliche Erneuerung, sagte Rau und folgerte: „Die deutsche Frage ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Worms forderte, noch in diesem Jahr müsse die D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR gelten. Der F.D.P.-Fraktionschef Dr. Achim Rohde appellierte an Übersiedlungswillige: „Packt Eure Koffer wieder aus. Es lohnt sich. Die D-Mark kommt zu Euch. Ab dem 19. März.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Professor

Dr. Friedhelm Farthmann meinte, ohne Steuererhöhungen und Ergänzungsgabge würden die finanziellen Lasten einer Vereinigung voraussichtlich nicht zu bewältigen sein. (Seite 3)



Whoin mit ihr?

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Aufenthaltsrecht

Scharfe Kontroversen um das Aufenthaltsrecht für Sinti und Roma hat es bei einer Aktuellen Stunde zwischen Regierungslager und Opposition gegeben. (Seite 6)

Technikfolgen

Alle Fraktionen haben bei der Aussprache über die Bilanz der Kommission „Mensch und Technik“ eine Fortsetzung der Abschätzung von Technikfolgen befürwortet. (Seite 7)

Katalysator

Für den Drei-Wege-Katalysator und Rußfilter für Dieselaautos bis 1991 hat sich die SPD im Plenum ausgesprochen. (Seite 9)

Sportberichte

Das Recht auf Kurzberichterstattung über private Sportveranstaltungen von öffentlichem Interesse wird gesetzlich garantiert. Der Hauptausschuß hat zugestimmt. (Seite 11)

Design-Ausbildung

In einem gemeinsamen Hearing haben sich Wissenschafts- und Kulturausschuß von Experten über die Zukunft der Design-Ausbildung informieren lassen. (Seite 12)

Überstunden

Vor dem Rechtsausschuß hat Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) einen Bericht zum Stand der Überstunden im allgemeinen Vollzugsdienst gegeben. (Seite 14)

WORT UND WIDERWORT

In vielen Betrieben müssen noch Vorurteile abgebaut werden

von
Marita Rauterkus

Frauen und Mädchen stellen für den organisierten Arbeitsmarkt seit jeher meist eine stille Reserve dar, die je nach Bedarf aktiviert oder repassiviert werden kann, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie früher. Diese Funktion der Frauenarbeit als variabler stiller Reserve widerspricht aber nicht nur dem Grundrecht der Frauen wie dem demokratischen Verständnis von der Gleichbehandlung der Geschlechter, sondern sie verliert auch mehr und mehr ihren betriebswirtschaftlichen Wert, wenn im Zuge der Entwicklung und des Strukturwandels ein höherer volkswirtschaftlicher Qualifikationsbedarf entsteht. Qualifizierte, dem neuesten Stand der Technik gerecht werdende Fachkräfte lassen sich dabei wegen der erforderlichen Qualifizierung im Bedarfsfall nur noch mit erheblichen Verzögerungen und Kosten aus der stillen Reserve gewinnen.

Der Abbau von ökonomischer und sozialer Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt bekommt damit eine zusätzliche Dimension. Er entspricht nicht mehr ausschließlich dem emanzipatorischen Interesse einer Beseitigung von überkommenen, ungerechten Strukturen, sondern zugleich dem gesellschaftlichen Interesse einer zukunftsbezogenen Wettbewerbssicherung. Von daher verbessert der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften die Chan-

von
Helmut Harbich

In fast allen Bereichen der Wirtschaft herrscht gegenwärtig ein großer Mangel an Fachkräften. Insgesamt fehlen in der Bundesrepublik Deutschland rund eine Million Arbeitskräfte.

Seit Ende der 60er Jahre ist die Erwerbsquote der Frauen von unter 30 Prozent auf 37 Prozent gestiegen. Frauen suchen im Beruf nicht nur dauernde materielle Unabhängigkeit, sondern auch Selbstverwirklichung.

Das Interesse der Frauen konzentriert sich aber immer noch auf wenige Berufe, die eher den Tätigkeitsprofilen „helfen, assistieren“ und „dienen“ zuzuordnen sind. So hat sich zwar der Anteil der weiblichen Lehrlinge im Handwerk von 19,5 Prozent in 1970 auf 28,3 Prozent in 1988 entwickelt. Hierbei blieb aber mit 56,7 Prozent aller Ausbildungswünsche der Mädchen des gewerblich-technischen Bereiches der Freiseurberuf an der Spitze, gefolgt vom Damenschneider- und Zahntechnikerhandwerk.

Dieser Trend ist nicht gottgegeben. Denn nicht nur in den Abschlußprüfungen sind viele junge Frauen, die als Jahresbeste ihres Faches abschneiden, sondern auch beruflichen Leistungswettbewerben haben sie sehr gute Plätze erzielt. Eher stehen das übliche Rollenverständnis und die Lebens-

von
Ruth Wittler-Koch

Viele Menschen werden sich fragen, wie ist es möglich, daß es so viele offene Stellen in NRW gibt, andererseits so viele Menschen Arbeit suchen. Obendrein sind Überstunden meist von Facharbeitern an der Tagesordnung. Zunehmend wird die Produktion in den Betrieben durch Fachkräftemangel behindert.

Die Ursachen dieses gespaltenen Arbeitsmarktes liegen in erster Linie an den fehlenden Qualifikationen der arbeitssuchenden Frauen und Männer. Rund jede(r) Zweite hat keine Berufsausbildung.

In NRW ist dieser besonders ausgeprägte Mangel an Qualifikationen Folge einer Politik, die sich vor allem an den großen Unternehmen im Bereich Kohle und Stahl und den großen Gewerkschaftsorganisationen orientiert und die kleinen und mittleren Unternehmen, die Handwerker, die Selbständigen und die Freiberufler vernachlässigt hat, die jungen Frauen und Männern neue Fähigkeiten vermitteln, wie z. B. Kommunikationstechnik und technikorientierte Innovation, ökonomisches Denken und Flexibilität, Initiative und Verantwortungsbereitschaft.

Wir Liberalen wollen, daß Frauen wie Männer frei entscheiden können, in welchem Beruf sie ganz oder teilweise tätig werden wollen.

SPD: Frauen und Mädchen noch nie so gut ausgebildet wie heute

cen von Frauen und Mädchen. Und die Frauen nutzen diese Chance: Sie waren noch nie so gut ausgebildet wie heute. Dennoch ist die Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsbereich bei weitem noch nicht verwirklicht. So sind junge Frauen trotz ständig gestiegener schulischer Qualifikation die vom Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen Hauptbetroffenen geblieben. In verstärktem Maße ist deshalb die Wirtschaft selbst gefordert, insbesondere bei ihrem Werben um die jungen Frauen im gewerblich-technischen Bereich. Hier werden entscheidende Fortschritte nur gelingen, wenn neben einer qualifizierten Ausbildung auch qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden, wenn Männern und Frauen mit gleichen Ausbildungsgängen auch gleiche bzw. vergleichbare berufliche Perspektiven einschließlich Einkommenserwartungen, Weiterbildung- und Aufstiegsmöglichkeiten auch tatsächlich offenstehen. Deshalb setzt sich die SPD-Landtagsfraktion dafür ein, daß die besonderen Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Mädchen trotz der besseren Chancen fortgesetzt werden.

CDU: Schlüssel liegt in betrieblicher Personalpolitik

umstände den Frauen bei der Entscheidung für einen gewerblichen Beruf entgegen.

Offensichtlich gilt es auch noch in vielen Betrieben Vorurteile gegenüber Frauen in den gewerblich-technischen Berufen abzubauen und die Ausbildung mädchenrechter zu gestalten. Der Schlüssel für die Beschäftigung von mehr Frauen und Mädchen in Betrieben liegt also in der betrieblichen Personalpolitik. Sie hat für frauengerechte Aus- und Weiterbildung zu sorgen und bei der Einstellung von weiblichen Betriebsangehörigen nicht nur die innerbetrieblichen Arbeitsvorgänge, sondern auch das betriebliche Umfeld zu beachten.

Da alle Wirtschaftsforschungsinstitute für die neunziger Jahre einen akuten Facharbeitermangel erwarten, sind die Chancen für Mädchen nach der Entwicklung der Frauenbeschäftigung so gut wie nie. Denn der Fortschritt der letzten Zeit und die Erfahrungen mit Frauen in den gewerblich-technischen Berufen ermutigen gerade dazu, den Facharbeitermangel durch vermehrte Einstellung von Frauen überwinden zu helfen.

F.D.P.: Qualifikation ist entscheidend

Der aktuelle Facharbeitermangel bringt für gut ausgebildete Mädchen in gewerblich-technischen Berufen jetzt die Chancen, die Mädchen bisher in diesen Berufen nicht gehabt haben. Mädchen konnten zwar bisher in diesen Berufen ausgebildet werden, wurden aber nur in bescheidenem Umfang in diese Handwerksberufe übernommen. Immer noch gab und gibt es große Vorurteile gegenüber jungen Frauen und Mädchen in diesen Berufen, u. a. auch Vorbehalte wegen mögliche Schwangerschaften und den damit entstehenden Kosten, Vorbehalte wegen höherer Sozialkosten, weil ja angeblich die sanitären Einrichtungen auch für Mädchen vorgehalten werden müßten. Daß dieses Argument kein Grund für eine Nichteinstellung ist, hat sich leider immer noch nicht herumgesprochen.

Deshalb sehen die Liberalen insgesamt keinen Hinderungsgrund für die Einstellung für Gesellinnen in den unterschiedlichsten Facharbeiterberufen und erhoffen jetzt neue Chancen für Mädchen und Frauen, da Industrie und Handwerk aufgrund der guten Auftragslage gezwungen sind, sich um Personal zu bemühen.

Fraktionen einig: Soziale Marktwirtschaft muß in DDR eingeführt werden

Rau: Bonn wird Funktion in Deutschland und Europa behalten

In seiner Regierungserklärung zur Deutschlandpolitik im nordrhein-westfälischen Landtag hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am 14. Februar alle politisch Verantwortlichen in Deutschland dazu aufgerufen, unmittelbar nach den DDR-Wahlen am 18. März eine völkerrechtlich verbindliche Erklärung zum Bestand der polnischen Westgrenze abzugeben. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, schloß sich diesem Aufruf an. Der Regierungschef verwies ferner auf die Klammerfunktion, die auf Berlin zukommen werde. Er erinnerte jedoch gleichzeitig daran, daß die Bundeshauptstadt Bonn zum Symbol für einen demokratischen und sozialen Bundesstaat geworden sei. Das sei ein Wert von eigenem Gewicht, den niemand leichtfertig preisgeben werde. Er äußerte die Überzeugung, daß Bonn auch in Zukunft seine Funktion haben werde sowohl in Deutschland als auch in sich neu formierenden Europa. Die europäische Entwicklung dürfe nicht aus dem Blick geraten. Einig waren sich die drei Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. in der Forderung nach Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR. CDU-Fraktionschef Dr. Bernhard Worms meinte, wenn die DDR-Volkskammer dies nach dem Wahltag am 18. März nicht beschließe, könne man sich jedwede Hilfe sparen. Nach Ansicht des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde gehören in der DDR persönliche und ökonomische Freiheit untrennbar zusammen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) betonte in seiner Regierungserklärung: „Der historische Prozeß hin zur deutschen Einheit hat sich beschleunigt. Wir wissen jetzt: Wir haben die Chance, die Einheit zu erreichen in Übereinstimmung mit unseren Nachbarn in West und Ost.“ Der Weg sei schwierig. Man müsse ihn schnell gehen, aber ohne Hast und Hektik. Bei jedem Schritt müsse darauf geachtet werden, daß die Einigung der Deutschen nicht zu Lasten „unserer Nachbarn, unserer Freunde und Partner“ geht, sagte Rau und folgerte: „Weil wir wollen, daß die Einheit der Deutschen sich in Freiheit vollenden kann, dürfen wir Europa nicht auseinanderbringen.“ Man lehne einen deutschen Sonderweg ab. „Unsere Vorstellung vom künftigen Deutschland ist der Bund deutscher Länder“, betonte der Regierungschef. Der Föderalismus sei unverzichtbar für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten. Ein Bund deutscher Länder bedrohe niemanden. Im Gegenteil: Er könne Frieden stiften. Auch auf der Seite der Bundesrepublik brauche man einen planvollen, geordneten Weg zur deutschen Einigung. Deshalb schlage die Landesregierung die Einsetzung eines „Gemeinsamen Ausschusses“ vor. Bundestag und Bundesrat sollten je elf Mitglieder in diesen Ausschuß entsenden. Als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz werde er seinen Länderkollegen vorschlagen, die jetzt notwendi-



Trotz rasanter Entwicklung viele Fragen offen: v. l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU, F.D.P. und SPD, Dr. Bernhard Worms, Dr. Achim Rohde und Professor Dr. Friedhelm Farthmann.
Fotos: Schüler

gen deutschlandpolitischen Entscheidungen auf einer Sonderkonferenz zu erörtern. Die Landesregierung werde den Landtag laufend über alle Schritte in diesem Zusammenhang informieren. Rau erklärte ferner, man müsse sofort handeln, um eine Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft mit der DDR zu Wege zu bringen. Man müsse den Menschen in der DDR Perspektiven geben und Zuversicht vermitteln. Indessen warnte er davor, die Überwindung der deutschen Teilung dürfe nicht zu einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung in der Bundesrepublik führen. Der Ministerpräsident forderte eine leistungsfähige Infrastruktur zwischen den beiden bisher getrennten Teilen Deutschlands. Unter Hinweis auf NRW als Drehscheibe des europäischen Verkehrs forderte Rau, die Schienenverbindung Duisburg—Dortmund—Paderborn—Kassel müsse in Richtung Erfurt weitergeführt werden. Ferner brauche man im Flugverkehr Normalität. An den Bund richtete Rau die Frage, ob seine Prioritäten im Bundeshaushalt noch zeitgemäß seien. Es sei doch widersinnig, daß in Zeiten abnehmender militärischer Bedeutung der Bündnisse, die ja politisch an Gewicht gewöhnen, der Verteidigungsetat anwache in einer Höhe wie nie zuvor. Man werde auch nicht um die Diskussion herumkommen, ob nicht das ERP-Vermögen und der Bundesbankgewinn für Investitionen in der DDR zur Verfügung gestellt werden müßten.

Dr. Bernhard Worms, CDU-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete nationale Solidarität als Leitwort der Stunde und als selbstverständliche Pflicht. Die CDU setze sich auch mit denen auseinander, die den Weg zur Einheit kübelweise mit Vorschlägen belasteten und die die Ängste der Bürger hüben und drüben geschickt thematisieren. Es gehe um die Wahrheit und nicht um den Stimmenfang. 340 000 Übersiedler 1989 und 85 000 seit Jahresbeginn würden drüben zum Neubeginn gebraucht. Die wirtschaftliche Lage in der DDR spitze sich zu. Eine gesunde Wirtschaft gehöre jedoch zum Sozialstaat. Wenn die neugewählte Regierung nicht die Gesetze der sozialen Marktwirtschaft über-

nehme, könnten wir uns jede Hilfe ersparen. Die Einwohnerzahl der DDR entspreche der von NRW, die Wirtschaftskraft etwa der von Rheinland-Pfalz. Notwendiger Anschub für vergleichbare Lebensverhältnisse könne aus dem Handelsbilanzüberschuß bei uns abgeleitet werden. Der Sozialismus schaffe diese Jahrhundertaufgabe nicht. Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sei durch keine andere zu ersetzen, auch nicht aufzuweichen. Dr. Worms schlug vor, ein Fünftel des Steuerzuwachses in NRW für „Strukturhilfe“ in der DDR einzusetzen, gezielt für Maßnahmen in einem neu entstandenen Bundesland.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, verglich die Regierungserklärung mit einem Zettelkasten. „Mit Labskaus kommt man bei Revolutionen nicht weiter“, fuhr er fort und fragte, warum Rau nicht über das Scheitern des Sozialismus in allen Ländern Osteuropas spreche. Wenn schon die Analyse nicht ehrlich sei, könnten auch keine Therapievorschlüsse entwickelt werden. „Wir sind stolz auf unsere solidarische Gesellschaft und lassen sie nicht als Ellenbogengesellschaft diffamieren“, sagte Dr. Rohde. Die deutsche Einheit dürfe nicht durch leichtfertige Sozialneidkampagnen aufs Spiel gesetzt werden. Nur mit der Marktwirtschaft gebe es die humane und gerechte Gesellschaft, soziale Sicherheit, Umweltschutz, persönliche Freiheit. Rau solle lieber für vertrauensbildende Maßnahmen in der DDR sorgen. Für alle Deutschen sei es eine Erleichterung, daß die Entscheidungen für die DDR in Bonn fielen. Bundeskanzler Kohl habe die große Herausforderung mit großem Augenmaß bewältigt, Außenminister Genscher sie durch ständige Kontakte ermöglicht. Ohne Gewerbefreiheit, Privateigentum, ausländische Investoren, Wettbewerb, Preis- und Lohnfreigabe, Steuerreform, Banken und Arbeitslosenversicherung gebe es keine Hoffnung für die Bürger in der DDR: Jeder dritte Weg führe in die Dritte Welt.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte mit Befriedi-

gung fest, in der Frage der deutschen Einheit sei nicht mehr das Ob, sondern nur noch das Wann und Wie fraglich: „Wir Sozialdemokraten wollen die Einheit, wir wollen sie sobald wie möglich.“ Jetzt, nachdem auch die Sowjetunion, was man vorher kaum zu hoffen gewagt habe, ihren Widerstand gegen die Einheit aufgegeben habe, gehe es nicht mehr um schöne Worte und Bekenntnisse, „sondern jetzt ist Handeln gefordert, das nicht nur Freude und Zustimmung auslösen wird“. Alle Entscheidungen zur Zusammenführung müßten schnell getroffen werden, damit die Menschen in der DDR wieder Mut faßten und der Strom der täglichen Übersiedler gebremst werden könne. Fünf Grundsätze seien zu beachten, fuhr Farthmann fort: Die deutsche Einheit müsse sich in den Prozeß der europäischen Einigung einpassen, die polnische Westgrenze sei unantastbar, der Einigungsprozeß müsse auf deutschem Boden mit dem Prozeß der Abrüstung einhergehen, niemand solle sich durch ein vereintes Deutschland, von dessen Boden Frieden ausgehen müsse, bedroht fühlen und — fünftens — „Gesamtdeutschland wird und muß eine bundesstaatliche Ordnung aufweisen“. Der Fraktionsvorsitzende begrüßte die angekündigte Währungsunion mit der DDR, forderte die Wirtschaft zu Investitionen auf und unterstrich die Notwendigkeit „ungeheurer öffentlicher Anstrengungen darüber hinaus“. Dabei müsse man den Bürgern hierzulande offen und ehrlich sagen, daß Steuererhöhungen nicht auszuschließen seien. Er wünsche sie nicht, erklärte Farthmann, aber „eine Wiedervereinigung zum Nulltarif wird es nicht geben“.



Der CDU-Abgeordnete Hanns Backes ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Karl Josef Denzer überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden im Kreishaus Viersen. Der Präsident sagte bei seiner Laudatio, üblicherweise finde die Aushändigung von Verdienstorden im Landtagsgebäude statt. Bei Hanns Backes habe er jedoch gerne eine Ausnahme gemacht. Zum einen, weil der offizielle Festakt an einem persönlichen Feiertag, nämlich am 65. Geburtstag von Hanns Backes, stattfinde, zum anderen, weil er wisse, wie stark Backes in seinem Heimatkreis Viersen verwurzelt sei. Der Landtagspräsident berichtete, daß Hanns Backes seit Mai 1980 Mitglied des Landtags sei. Er zählte die Mitarbeit des CDU-Politikers in den verschiedenen Ausschüssen auf, wobei er im Sportausschuß zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden sei. Auf kommunaler Ebene habe er seit 1975 bis heute das Amt des Landrates des Kreises Viersen inne. Denzer erinnerte auch an die besondere Vorliebe des CDU-Kollegen: Radsport. Auf die Initiative von Hanns Backes gehe die Schaffung eines grenzüberschreitenden Rad- und Wanderwegnetzes zurück, das den internationalen Naturpark Maas-Schwalm-Nette erschließe. Das Bild zeigt den Ordensträger (r.) mit seiner Ehefrau und dem Landtagspräsidenten (l.). Foto: Schüler

Schülerwettbewerbe wirken politischem Desinteresse entgegen

Der Landtag hat am 14. Februar mit SPD-Mehrheit einen Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung der Schüler- und Jugendwettbewerbe in direkter Abstimmung angenommen. Die Opposition von CDU und F.D.P. hielt den Antrag für unnötig und stimmte unter anderem mit dem Argument dagegen, man wolle zwar in die Vielzahl von Wettbewerben investieren, brauche aber nicht deren Dokumentation und keine Ratschläge der Landesregierung, welcher Wettbewerb gut sei oder nicht. Der SPD-Abgeordnete Dr. Manfred Dammeyer hingegen unterstrich, die SPD wolle, daß Wettbewerbe in ihrer pädagogischen Qualität vom Kultusminister gewürdigt würden, daß dazu ein Bericht erstattet werde und man sehen könne, in welchem Umfang sich die Schüler beteiligten.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) erklärte, Schüler- und Jugendwettbewerbe hätten einen sehr hohen Stellenwert für die Motivation von Schülern und Jugendlichen, sich mit einem Gegenstand zu beschäftigen. Man habe ausführliche Beratung mit Schülern durchgeführt, die an den Wettbewerben „Jugend forscht“, „Jugend musiziert“, am Landesschülertreffen und Landessportfest, am Europäischen Wettbewerb, am Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten zur Deutschen Geschichte teilgenommen hätten. Sie alle hätten erzählt, daß es für sie persönlich und für die Arbeit in der Schule eine wichtige Bereicherung gewesen

sei. Der Abgeordnete betonte indessen, daß den Schülern eine kritische Diskussion über die Praktiken, über die Bezüge zu ihrer Schule und ihrer sonstigen gesellschaftlichen Wirklichkeit fehle. Man wolle ihnen Gelegenheit geben, daß sie alle noch einmal über ihre Schülerwettbewerbe sprechen könnten.

Beatrix Philipp (CDU) meinte, hier werde wieder einmal der Versuch gemacht, den Fuß in eine Tür zu stellen, in die eigentlich kein Fuß der Landesregierung gehöre. Man sehe nicht ein, daß in einem Bereich, der gut funktioniere, nun eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Zusammentragerarbeiten aufgelegt werden solle. Die CDU könne dem Antrag nicht zustimmen, weil sie ihn für überflüssig halte.

Andreas Reichel (F.D.P.) erklärte, soweit die Begründung für Schüler- und Jugendwettbewerbe und deren Ausbau überhaupt noch nötig sei, falle sie in dem SPD-Antrag recht schmal aus. Er wolle deshalb zwei Elemente zur Begründung solcher Wettbewerbe kurz skizzieren. Das eine sei der Bereich der politischen Bildung. Schülerwettbewerbe könnten auf diesem Gebiet ein außerordentlich wichtiger Impuls sein und dem fatalen Desinteresse Jugendlicher, politische Bildungsinhalte zur Kenntnis zu nehmen, entgegenwirken. Zum zweiten könnten vor dem Hintergrund zunehmenden Fachkräftemangels Wettbewerbe auch dazu führen, speziell

Mädchen den Zugang zu Naturwissenschaften und Technik zu erleichtern.

Herbert Heidtmann (SPD) sagte, letztlich gehe es um die Frage, wie Schüler- und Jugendwettbewerbe besser gefördert werden könnten als bisher und wie das Angebot unter pädagogischen Gesichtspunkten bewertet werden solle. Die von den Wettbewerben ausgehenden wichtigen Impulsbildungen für den einzelnen und sein gesamtes Umfeld müßten noch in einem stärkeren und gezielteren Maße als bisher in dieses ganze Umfeld eingebunden werden. Das heiße, die Bedeutung der Wettbewerbe müsse viel mehr an der einzelnen Schule im Sinne einer Identifikation mit den Ergebnissen und Leistungen, die von den jeweiligen Schülern erreicht worden seien, zur Geltung kommen. Der Abgeordnete wies darauf hin, daß in zunehmendem Maße auch unter eindeutigen kommerziellen Gesichtspunkten Schulen und Schüler zu Wettbewerben ermuntert würden, deren pädagogische Zwecke man keineswegs mehr vertreten könne.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) betonte, Wettbewerbe hätten im Leben einer Schule eine wichtige Funktion. Die Schulen stünden eher vor der Qual der Wahl, als daß sie zu wenig Gelegenheit hätten, an Wettbewerben teilzunehmen. Für den Kultusminister gehe es darum, Wettbewerbe zu unterstützen, die die Ziele der Schule förderten. Im übrigen wolle man aber jeder Bevormundung unterlassen.

CDU: Abschiebung abgelehnter Asylanten schafft Platz für Übersiedler

SPD kritisiert: Bundesregierung auf starke Aufnahme nicht vorbereitet

Die Bundesregierung sei in keiner Weise darauf vorbereitet gewesen, die Aus- und Übersiedler aufzunehmen, hielt die SPD im Landtag der Bonner Regierung am 15. Februar in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion zu „Konsequenzen aus den stark steigenden Zahlen von Aus- und Übersiedlern im Januar 1990“ vor. Von der CDU-Opposition wurde die Landesregierung aufgefordert, 150 000 abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Dann gebe es Raum für Aus- und Übersiedler.

Ulrich Schmidt (SPD) berichtete, neue soziale Brennpunkte entstünden. Der Kollaps sei nicht mehr aufzuhalten, zumal die städtischen Infrastrukturen zerstört würden. Aus- und Übersiedler seien in diesem Wohlfahrtsstaat eingepfercht. Alteingesessene Bürger wendeten sich ab, weil sie nicht begriffen, warum Politik Leistungen anbiete, die den Abwanderungsprozeß beschleunigten, statt ihn beherzt zu stoppen, warum Politik nicht durch Konzentration aller Kräfte zum wirtschaftlichen Aufbau etwa der DDR und Polens beitrage. „Unsere Ziele sind eindeutig: Wir wollen eine möglichst spannungsfreie und schnelle Integration aller Aus- und Übersiedler“, sagte Schmidt. Zur Bestandsaufnahme gehöre aber auch die Erkenntnis, daß die Bundesregierung auf die Aufgabe, die Aus- und Übersiedler aufzunehmen, in keiner Weise vorbereitet sei. Man werde sich künftig nicht mehr um die Frage herumdrücken können, wer tatsächlich Deutscher nach Artikel 116 des Grundgesetzes sei.

Hermann-Josef Arentz (CDU) erklärte, wer beim Fremdentengesetz wie die SPD den Eindruck erwecke, die bundesdeutsche Bevölkerung werde draufzahlen müssen, der lüge. 117 000 Übersiedler seien schon in Arbeit. Sie zahlten 500 Millionen Mark im Jahr an Rentenversicherungsbeitragen. Im Land NRW habe man 150 000 Asylbewerber, die von Gerichten abgelehnt worden seien, aber die von der Landesregierung nicht abgeschoben würden. Wer über die den Mantel des Schweigens decke, der setze sich dem Verdacht aus, daß er Deutsche schlechter behandle als Asylbewerber.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) meinte, zu den Konsequenzen, die die SPD in diesem Lande für nötig halte, um die steigende Zahl der Aus- und Übersiedler zu bewältigen, stehe nichts im Antrag zur Aktuellen Stunde. Mit dem Vorschlag, das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler abzusuchen, stehe die SPD allein auf weiter Flur. Aus der Sicht der F.D.P. gebe es nur eine vernünftige Konsequenz aus der steigenden Zahl der Aus- und Übersiedler: Man müsse den Landsleuten in der DDR und in den Staaten Osteuropas helfen, so schnell wie möglich eine wirtschaftliche Perspektive zu bekommen.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) rechnete vor, daß im vergangenen Jahr täglich 530 Aus- und Übersiedler, im ersten Monat des neuen Jahres bereits täg-



Eine sowjetische Delegation hat sich in Nordrhein-Westfalen über Umweltprobleme informiert und ist im Landtag von Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe (M.) empfangen worden. Der Abordnung gehörten der Vorsitzende des Staatskomitees für Umweltschutz in der RSFSR (Goskombiroda) der UdSSR, Alexe Maximowitsch Kowaltschuk, die leitende Spezialistin der Abteilung für ausländische Zusammenarbeit der Goskombiroda RSFSR, Jewgeni Alexejewa Parnassowa, der Generaldirektor der Tscheropowetscher Produktionsvereinigung, Waleri Weniaminowitsch Babkin, die stellvertretende Vorsitzende der Kommission für Umweltschutz der Stadt Leningrad und des Leningrader Gebiets, Irena Michailowna Markowetsch, sowie der Direktor der Akademie für Kommunalwesen, Walentin Wassilewitsch Schkirjatow, an.

Foto: Schüler

lich 730 neue Mitbürger in NRW aufgenommen worden sind. Der Modrow-Besuch habe die Chance geboten, diesen Entwicklungen die Stirn zu bieten, aber sie sei nicht genutzt worden; statt dessen seien alle Soforthilfen abgeblockt und mehr Ängste geschürt als besänftigt worden. Die Hilfe für die DDR wäre leicht durch den Verzicht auf die dritte Stufe der Steuerreform zu finanzieren oder wenn man den Wehretat um 20 Prozent abgespeckt hätte. Der Minister appellierte erneut an Bonn, seine finanzielle Beteiligung an den Kosten für Aus- und Übersiedler wesentlich zu erhöhen und dies als Kriegsfolgelasten endlich anzuerkennen. Wenn aber Bonn nichts tue, dann bleibe es hier nur übrig, die Notbremse zu ziehen, um das schlimmste Chaos zu verhindern.

Christa Thoben (CDU) hielt es nicht für angebracht, angesichts des Aus- und Übersiedlerstroms „kleinkariert herumzumäkeln“, man müsse vielmehr nach den Ursachen fragen: Die Menschen kämen wegen der Lebensbedingungen in ihrer Heimat zu uns und nicht wegen unserer Sozialgesetze. Es könne doch nicht wahr sein, ohne Zahlen über die tatsächliche Situation in der DDR zu haben, den Bürgern hierzulande zuzumuten, „Geld hinterher zu schmeißen“. Schließlich gebe es einen Nachtragshaushalt des Bundes, „der ohne jede Vorbedingung im humanitären Bereich, im Umweltbereich, bei der Ausstattung mit Telefonen Milliardenbeträge allein zugunsten der DDR vorsieht“. Die Bundesrepublik sei nicht überfordert, „wir haben Geld, um dort zu helfen; aber wir wollen auch helfen, daß dort der demokratische Prozeß unverrückbar Einzug hält“.

Reinhard Wilmbusse (SPD) sagte, den Gemeinden stehe das Wasser bis zum Hals. Es sei nicht mehr nur Problem der Großstädte. Übergangswohnheime würden gebraucht. Durch Belegung von Turnhallen werde die Akzeptanz der Übersiedler nicht gefördert. „Tun wir doch endlich was, damit

die Menschen in der DDR nicht jeden Tag in Versuchung kommen!“, forderte der Redner. Für Übergangwohnheime würden 1,3 Milliarden Mark gebraucht.

Siegfried Jankowski (SPD) nannte als Ziel der Großen Anfrage die Beendigung des Neuerwerbs des Vertriebenenstatus und die bundeseinheitliche Praxis der Staatsbürgerschaft. Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher habe kein Verständnis dafür, daß Integrationsmaßnahmen nicht angepaßt würden. In Osteuropa gebe es keine Gefahr für Leib und Leben mehr. Statt Notaufnahmehäuser sollten lieber Häuser in der DDR renoviert werden. Gleichbehandlung für heutige Übersiedler mit Flüchtlingen vor der Mauer sei nicht gerecht.

Dr. Helmut Linssen (CDU) warf der SPD vor, Sozialneid zu schüren anstatt für veränderte Verhältnisse in der DDR einzutreten. Sie solle sich lieber um die Wirtschaftsasylanten kümmern, das seien 150 000 in NRW, die rechtmäßig abgewiesen seien. Das sei wirksamste Hilfe, um etwas Luft für die Gemeinden zu bekommen. Im Ausländerrecht sehe die SPD keinen Wohnungsnachweis vor, bei Deutschen werde dieser jetzt verlangt. Ihr Solidaritätsgedanke sei heruntergekommen.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) erwiderte, in der Frage der Solidarität liege die SPD ein großes Stück vor den Konservativen. Wegen der Wirtschaftsasylanten trete er im Bund für mehr Personal zur Antragsbearbeitung ein. Er wolle nichts nach Bonn abschieben, aber die Kommunen dürften jetzt nicht im Regen stehen gelassen werden. Für die deutsche Einheit müsse die polnische Westgrenze anerkannt werden. Streichungen zu Lasten der Gemeinden wären kurzfristig. Für Übergangseinrichtungen habe das Land bereits 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der Bund noch nichts.

Fortsetzung Seite 8

Bettelmarsch und die Folgen: Scharfe Kontroverse um „Bleiberecht“

Im Rahmen einer von der F.D.P.-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde haben Landtagsparteien und Landesregierung am 14. Februar ihre Positionen zum Thema „Konsequenzen aus der bevorstehenden Entscheidung des Innenministers über die Gewährung des Aufenthaltsrechts für Roma und Sinti trotz rechtskräftig verfügbarer Abschiebung“ ausgetauscht.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) bezeichnete das Verhalten des Ministers in dieser Angelegenheit als nicht mehr nachvollziehbar, widersprüchlich, mit der Rechtssicherheit nicht vereinbar, absurd und den Gemeinden des Landes nicht zumutbar. Der Sprecher warnte vor der Sogwirkung hinsichtlich Familienangehöriger und weiterer Roma, auch mit anderer Staatsangehörigkeit, und beschwor die Gefahr, daß auch andere Volksgruppen, etwa die Palästinenser, in Zukunft unter dem Gleichbehandlungsgesichtspunkt entsprechende Regelungen für sich einfordern könnten. Der Erlaß des Innenministers vom 1. Februar 1990 werde dem „Zielkonflikt zwischen Aufnahme und Integrationsfähigkeit einerseits und humanitären Erfordernissen andererseits“ nicht gerecht; dies Gleichgewicht sei nur aufrechtzuerhalten, „wenn wir auch auf diesem Gebiet wesentliche Errungenschaften unserer Demokratie, nämlich Rechtssicherheit, Rechtsklarheit, regelmäßiges Verwaltungshandeln und Gleichheit vor dem Recht, wahren“. Es sei ein Unding, wenn, wie im Erlaß vorgesehen, die Gemeinden aufgefordert würden, für rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber neue Anträge vorzulegen, die der Innenminister sichte und dann zusammen

ethnischen Minderheit gehe, dann müsse er feststellen: „Populismus nach rechts hilft eher den Republikanern als demokratischen Parteien.“ Es gebe in der Sache nur drei Möglichkeiten: Die Roma tatenlos weiterziehen zu lassen und damit die Polarisierung in der Bevölkerung vorantreiben, den Bettelmarsch durch die Polizei aufzulösen oder aber — drittens — nach einer Lösung des Konflikts zu suchen — „helfen Sie dabei und werfen Sie mir nicht ständig Knüppel zwischen die Beine“, forderte Schnoor und betonte, der Abschiebestopp bleibe für die Roma-Gruppen aufgehoben, die lange in ihren Herkunftsländern gelebt hätten und erst jüngst in die Bundesrepublik gekommen seien. Verhandlungen und Gespräche gebe es dagegen bei jener Gruppen, „die de facto nirgendwo Heimatrecht habe, seit langem durch Europa ziehe und den Wunsch habe, diese Lebensform aufzugeben“. Hier versuche er mit der getroffenen Regelung, „zum inneren Frieden in unseren Gemeinden beizutragen“. Der Minister kündigte eine Bundesratsinitiative des Landes und für den Fall, daß diese abgelehnt würde, eine begrenzte Teilregelung für NRW an. Er bezifferte den für diese Regelung in Frage kommenden Personenkreis auf 3500 Menschen.

Jürgen Guttenberger (SPD) verwies darauf, daß Ausländerrecht Bundesrecht sei, das auszuführen die Landesbehörden beauftragt seien. Aber zu dieser Frage habe man aus Bonn nichts gehört, das müsse stützt machen. Gehe es doch nicht um die bloße Exekution einer Rechtsnorm gegen Menschen, sondern darum, „daß wir uns vor

halten sein, wenn es nicht tausendfach zu Einwanderungszwecken mißbraucht wird und wenn alle Landesregierungen dafür Sorge tragen, daß rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die auch kein sonstiges Bleiberecht geltend machen können, unser Land wieder verlassen“. Da könne man nicht nur mit dem Herzen entscheiden. Der Innenminister mit seinen Alleingängen liefere gerade den Radikalen Argumente, die eine Abschaffung des Asylrechts verlangten. Schon der Abschiebestopp sei verfehlt gewesen, die Beweise für die angebliche Verfolgung in Jugoslawien seien ausgeblieben, jetzt, wo man einen solchen Abschiebestopp wieder aufheben müsse, werde man erpreßbar. Es seien Hoffnungen geweckt worden, die der Minister kaum einhalten könne — „eine weitere Eskalation ist damit bereits vorprogrammiert“.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) zeigte sich tief betroffen: Der Minister könne sich gut als liberaler Innenminister feiern lassen, aber was sei mit den Beschäftigten der Ausländerämter, die vor Ort entscheiden müßten? Der Minister solle rechtsstaatlich handeln, verlange sie, im öffentlichen Dienst könne man sich nicht immer nur vom Mitleid leiten lassen. Die Bilder vom Bettelmarsch, die allen unter die Haut gegangen seien, habe der Minister im Grunde selbst provoziert; wer Verantwortung trage, der müsse nun auch gelegentlich hart sein, um dadurch das Land vor schlimmerem Schaden zu bewahren.

Bodo Champignon (SPD) warb um Verständnis: Einen solchen Marsch unternehme nicht jemand, „der nur Sozialhilfe abbassieren will“. Der müsse schon in einer ausweglosen Situation sein. Darum sei den Städten, die die Roma aufgenommen haben, ebenso zu danken wie der Landesregierung, die den Marsch beendet habe. Sonderregelungen kämen nicht in Frage, es sei eine schwierige Gratwanderung zwischen rechtlicher Gleichbehandlung und sozialstaatlicher Einzelfallgerechtigkeit. Darum unterstütze man die Linie des Innenministers.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) lehnte es ab, ein generelles Bleiberecht für alle illegal zugewanderten Roma und Sinti vorzusehen; das sei nach dem geltenden Recht nicht möglich. Aber am Recht müsse man sich orientieren.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) schloß mit dem Hinweis auf den Stichtag 12. Januar 1990 eine Sogwirkung aus, ferner liege kein Rechtsbruch vor, da das Ausländerrecht keine Regelung für umherziehende Personen beinhalte.

Albert Klütsch (SPD) wollte von der CDU wissen, ob sie es auf sich nehme, „die Erben der Opfer des Nationalsozialismus wieder aus diesem Land zu vertreiben“. Ein Rechtsstaat ohne Humanität sei nicht denkbar, er messe sich daran, wie der mit seinen Minderheiten umgehe.

Heinz Hilgers (SPD) wertete die Aktuelle Stunde so, daß es der F.D.P. nicht um die Sache gehe, sondern um die Attacke gegen
Fortsetzung Seite 15



Gegensätzliche Positionen herausgestellt (v. l. n. r.): Heinz Lanfermann (F.D.P.), Innenminister Schnoor (SPD), Jürgen Guttenberger (SPD) und Heinz Paus (CDU).
Fotos: Schüler

mit den Romaverbänden die Kriterien für den Begriff „de facto-Staatenlose“ festlege: „Es wird also gerade denjenigen, die durch das Nötigungsinstrument ‚Bettelmarsch‘ Druck auf die Landesregierung ausüben wollten und ausgeübt haben, ein Mitspracherecht in eigener Sache eingeräumt“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) definierte das Thema so: „Es geht um die seit Jahren in Europa umherziehenden Roma und um die Frage, ob Nordrhein-Westfalen einen, wenn auch bescheidenen, Beitrag zur Verbesserung ihrer Situation leisten kann und leisten sollte.“ Es sei nicht klar geworden, was die F.D.P. wolle, aber wenn es ihr um Wahlkampf Vorteile zu Lasten einer

der Anwendung von Rechtsnormen gefälligst mit den Menschen auseinanderzusetzen haben, die von solchen Regelungen betroffen sind“. Da sei es gut, wenn der Innenminister den Spielraum nutze, den ihm das Recht lasse, fand Guttenberger. In der Stunde der Not sollte man nicht formales Ausländerrecht, sondern das Herz zum Zuge kommen lassen.

Heinz Paus (CDU) erklärte die Haltung des Innenministers für nicht geeignet, weiteren Zuzug aus dem Balkan zu verhindern. Die CDU bekenne sich zum Asylrecht („aus der Tradition der deutschen Geschichte heraus“), „dieses Asylrecht wird aber auf Dauer in der Akzeptanz der Bevölkerung nur zu

Kommissionsbericht über neue Technikfelder findet breite Anerkennung

Kompetentes Forum und Resonanzboden für Zumutbares

Wolfram Kuschke (SPD), Vorsitzender der Kommission „Mensch und Technik“, erinnerte daran, daß der NRW-Landtag als erstes Landesparlament die Technikfolgenabschätzung und -bewertung in die parlamentarische Arbeit integriert habe. Die Kommission habe als einzige im Bundesgebiet praxisbezogen und regional Technikbewertung umzusetzen versucht. Sie sei bisher ohne Vorbild. Zeit- und Arbeitsaufwand seien enorm gewesen. Er habe sich gelohnt. Technik werde, so faßte er die Ergebnisse zusammen, von Menschen gemacht, sei daher nicht wertfrei. Entscheidungen über ihre Entwicklung und Anwendung müßten die Zukunftsdimensionen berücksichtigen. Kompetentes Forum dafür sei das Parla-

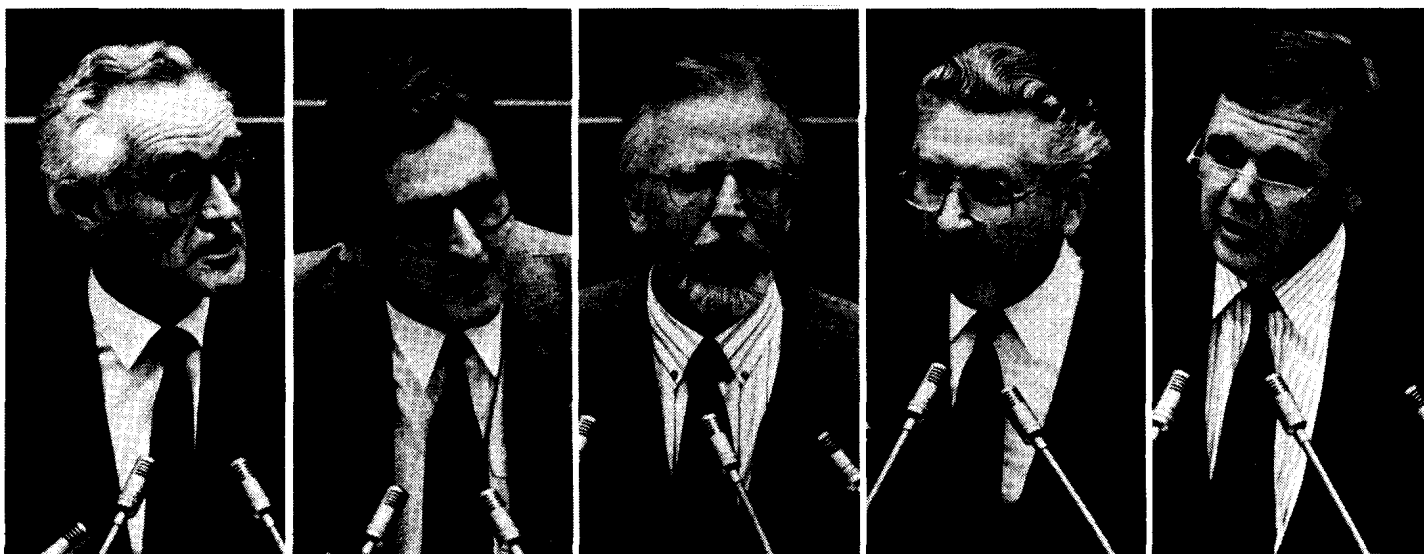
Bei der Aussprache über die Bilanz der Landtagskommission „Mensch und Technik“ (Bericht Drs. 10/4931) am 14. Februar traten alle Redner für die Fortsetzung der Technikfolgenabschätzung und -bewertung als ständige Landtagsaufgabe ein. Vorsitzender Wolfram Kuschke (SPD) lobte deren vorbildliche Arbeitsweise. Anträge von SPD und CDU zielten auf die Festschreibung des Auftrags „Mensch und Technik“ für das Landesparlament, das nach dem Wunsch der SPD ein Sekretariat erhalten soll.

Neue Technologien bedeuteten auch mehr Freiheit. Es gebe keine Alternativen, auch unter Gesichtspunkten der Menschenwürde. Die Arbeit der Kommission sei als zentrale politische Aufgabe des Parlaments anzusehen.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) bekräftigte, die Abhängigkeiten von Technik ver-netzten sich immer mehr. Moderne Groß-

Antrag jedoch etwas dünn. Das in Bonn ein-vernehmliche Konzept für Technikfolgeab-schätzung solle im künftigen Auftrag für den NRW-Landtag bestätigt werden. Dieser solle Tribüne für eine zukunftsorientierte Diskussion werden.

Helmut Harbich (CDU) warb für einen Kon-sens zu positiver Technikbewertung und Mut zum Risiko gegenüber reiner Interes-



Die Querschnittsaufgabe Technikfolgenabschätzung und -bewertung auch für den nächsten Landtag befürworteten Redner aller Fraktionen, v.l. Helmut Harbich (CDU), Dr. Ludwig Riemer (F.D.P.), Wolfram Kuschke (SPD), Vorsitzender der Kommission „Mensch und Technik“ in der 10. Wahlperiode, Franz Skorzak (CDU), Ulrich Schmidt (SPD).

Fotos: Schüler

ment, das sich zu dieser Aufgabe bekennen müsse. Als Vertreter des ganzen Volkes sei es Resonanzboden für das Zumutbare. Die Zusammensetzung der Kommission nur aus Parlamentariern habe sich bewährt. Künftig müsse ihre Arbeit stärker mit den Fachaus-schüssen verzahnt und die Öffentlichkeit mehr einbezogen werden. Für die nächste Wahlperiode gebe es große Aufgaben: Begleitung von Automationsvorhaben, Techniknutzung durch Abgeordnete, Werk-stoffeinsatz im Bausektor, Energietechnik.

Franz Skorzak (CDU) hob das konstruktive Arbeitsklima in der Kommission hervor, das durch Anhörung von dreißig Experten bestärkt worden sei. Es trage zum Abbau von Ängsten bei. Ethische Gesichtspunkte bei den Feldern Humangenetik und Fort-pflanzungsmedizin seien gemeinsames Anliegen gewesen. Strukturprobleme durch neue Fertigungstechniken seien auch künf-tig zu bewältigen. Diese seien keine Arbeits-platzkiller, sondern Motor neuer Möglichkei-ten, vor allem für junge Menschen. Sie trü- gen zu Wirtschaftswachstum, zu mehr Umweltschutz und besseren sozialen Lei- stungen bei. Sie trügen auch zur Umgestal- tung verkrusteter Machtstrukturen bei, wie die Entwicklung im Osten Europas zeige.

technik eröffne neue Dimensionen von Gestaltung und Gefährdung. Die Abwägung zwischen positiver und negativer Bewertung sei schwierig. Technik sei keine private und keine nationale Angelegenheit mehr. In der Kommission sei es anfangs um Spezialver- träglichkeitsprüfung gegangen. Inzwischen habe Förderung von Technik gleiches Gewicht. Im Verfahren sei sie sehr viel wei- ter. Künftig sollten die Wirtschaft, Wissen- schaft und Verbände einbezogen werden, praktische politische Ansätze zu entwickeln. Auch müsse die öffentliche Diskussion angestoßen werden. Die Arbeit sei fortzuset- zen. Bindende Beschlüsse dazu müsse der nächste Landtag fassen. Daher stimme die F.D.P. dem zweiten Teil des SPD-Antrags nicht zu.

Ulrich Schmidt (SPD) nannte den Abbau der Arbeitslosigkeit 1989 und das positive Image des Ruhrgebiets erfreuliche Zeichen der Erneuerung. Das Modell sozialverträgli- cher Technikgestaltung gebe Perspektiven und habe auch im Ausland starkes Echo gefunden. Die Kommission diene nicht der Verhinderung von Technik. Als geeignetes Instrument zur Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung solle sie ständige Einrichtung des Parlaments werden. Die Zustimmung der CDU sei zu begrüßen, ihr

senvertretung in der Politik. Die Aufbruch- stimmung mit Hilfe des Bundes sei auch Folge von Technik, die zu Erleichterungen für breite Bevölkerungsschichten beitrage. Politik solle Skepsis ins Positive wenden. Intelligenter technischer Fortschritt schließe Risikoanalyse, Sozialverträglichkeit und Ressourcenschonung ein. Vorauseilende Technikkritik führe zum Rückschritt. Die Kommission sei an Grenzen der Überforde- rung und landespolitischer Relevanz gesto- ßen. Für die weitere Arbeit müsse dem neuen Landtag die freie Entscheidung blei- ben.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) begrüßte den breiten Ansatz zur Stär- kung der Wettbewerbsfähigkeit, Erhöhung der Sozialverträglichkeit und besseren Umweltschutz, der auch die Technologiepo- litik der Landesregierung präge. In 120 Pro- jekten seit 1985 hätten 400 Experten und 1 200 Bürgerinnen und Bürger an Vorschlä- gen gearbeitet, Technik zu gestalten. Diffe- renzierte Überlegungen und belastbare Lösungen seien durch den Arbeitsstil der Kommission erkennbar geworden. Der demokratische Konsens habe sich als her- vorragendes Instrument gezeigt. Die stän- dige Einrichtung im Landtag werde von der Regierung begrüßt.

Parteienstreit um Steuermehreinnahmen

Die Finanzpolitik der Landesregierung war Gegenstand einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde am 16. Februar, in der die Union nach Folgerungen aus den Steuermehreinnahmen des Landes fragte, die im abgelaufenen Haushaltsjahr 3,5 Milliarden Mark betragen und — so die Union — die Ist-Einnahmen des Jahres 1988 um 5,2 Milliarden Mark überschreiten.

Hartmut Schauerte (CDU) meinte, angesichts dieser Lage müßte sich der Landesfinanzminister als „Hans im Glück“ vorkommen. Es werde auch deutlich: Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik sei die beste Medizin für die kranken Finanzen des Landes. Statt dessen habe die SPD im Lande die Steuerentlastungspolitik in einer jahrelangen Angst- und Panikkampagne bekämpft und verteufelt, und Schleußer selbst habe von einer Plünderung der öffentlichen Kassen gesprochen. Aber diese Schwarzmalerei sei in sich zusammengebrochen; das Land und seine Städte und Gemeinden hätten erfreuliche Überschüsse zu verzeichnen. Da er warte, Schauerte, vom Landesfinanzminister, daß er seine falschen Vorhersagen zurücknehme und sich öffentlich korrigiere. Die CDU gehe davon aus, daß 1993 das Jahr der finanzpolitischen Wende sei: Dann sei erstmals die Rückführung der Schulden möglich. Diese Chance sollte genutzt werden.

Reinhold Trinius (SPD) stellte richtig: Der hervorragende Landeshaushalt 1989 sei Folge der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Landesregierung und der Leistungen der Wirtschaft und der Bürger des Landes. So sei es NRW in zehn Jahren gelungen, die Nettokreditemächtigung um insgesamt 80 Prozent zurückzufahren — das sei mehr als der Bund geschafft habe. Das Land habe zudem eine höhere Ausgabendisziplin als der Bund an den Tag gelegt. Zu den Stufen der Bonner Steuerreform sei festzuhalten, daß der Bürger diese Entlastungen vor- und nachfinanzieren müsse; die Rentner hätten davon überhaupt nichts, sie würden im Krankheitsfall durch die unsoziale Gesundheitsreform sogar zu Mehrausgaben gezwungen. Trinius an die CDU gewandt: „Sie dynamisieren die Belastung der Kran-

Landtag beschließt Rundfunkänderungsgesetz

Der Landtag hat am Freitag, 16. Dezember, das 2. Rundfunkänderungsgesetz nach der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses in zweiter Lesung verabschiedet (siehe auch Seite 11). Zur Debatte standen ein Gesetzentwurf der CDU (Drs. 10/4204), ein Änderungsantrag der SPD, ein Entschließungsantrag der F.D.P. (Drs. 10/4330) sowie der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 10/4719). Ferner war in die Debatte ein F.D.P.-Gesetzentwurf zur Durchführung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Landesanstalt für Rundfunk einbezogen (Drs. 10/4733). Ein ausführlicher Bericht über die Aussprache folgt in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“.

ken und geben das als Reform aus!“ Der Sprecher warnte Bonn davor, den Gedanken der nationalen Einheit auszunutzen, um die Lasten zugunsten des Bundes und zu Lasten der Länder umzuverteilen.

Wolfram Dorn (F.D.P.) machte klar, daß allein die Entscheidungen der Bundesregierung und der Koalition in Bonn es gewesen seien, die die Voraussetzungen für die gute Konjunktur auch im Lande NRW geschaffen hätten. Alle sozialdemokratischen Prognosen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Steuerreform seien nicht eingetreten: Es könne keine Rede davon sein, daß bis 1990 das Land allein 14 Milliarden Mark Mindereinnahmen verkraften müsse. NRW wäre ohne die Hilfen des Bundes längst pleite. Die SPD habe hierzulande keinen einzigen Grund, die Schuldenpolitik des Ministerpräsidenten Rau zu loben, aber sie sollte aufhören, „die Bundesregierung für ihre solide Politik weiterhin zu beschimpfen“.

Friedhelm Wixforth, bisher Synodaljugendpfarrer im Kirchenkreis Bielefeld, ist neuer Landesjugendpfarrer der Evangelischen Kirche von Westfalen. Am 19. Februar wurde Wixforth von Präses **D.Hans-Martin-Linnemann** in seine Aufgabe eingeführt, die zugleich die Leitung des Amtes für Jugendarbeit der westfälischen Kirche in Haus Villigst bei Schwerte umfaßt.



Mit diesem Karnevalsorden geht die F.D.P.-Fraktion in den Schlußspurt der 10. Legislaturperiode.
Foto: Schüler

Spanplattenwerk Egger

Matthiesen: Keine Sonderabfälle, sondern Brennstoff

Das zur Zeit im Bau befindliche Spanplattenwerk Egger in Brilon (Hochsauerlandkreis) sei zu recht nach dem Bundes-Immissionschutzgesetz und nicht nach dem Abfallgesetz genehmigt worden. Das erklärte Umweltminister Matthiesen (SPD) in einer Fragestunde des Landtags auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Knipschild. Der Minister begründete seine Antwort mit dem Hinweis, daß die Wirbelschichtfeuerungsanlage solche Spanplattenreste zur Energieerzeugung verbrenne, die aus eigener Produktion stammten und unbeschichtet seien. Bei diesen Holzresten handele es sich also nicht um Sonderabfälle, sondern um Brennstoff gemäß des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Anderslautende Äußerungen des Regierungspräsidenten Arnsberg im ZDF-Magazin „Studio 1“ vom 17. Januar 1990 seien als aus dem Zusammenhang gerissene Halbsätze in eine tendenziöse Sendung manipuliert. Eine Verstärkung der Eingangskontrolle von Holz- und Spanplattenresten, die in der Feuerungsanlage verbrannt werden sollen, entspreche den Auflagen der Genehmigungsbehörde und solle zur Sachlichkeit der Diskussion um das Spanplattenwerk beitragen.

CDU: Abschiebung ...

Fortsetzung von Seite 5

Wolfram Kuschke (SPD) warf der CDU Verleumdungen und Beleidigungen vor. SPD-Mitglieder hätten Blutzoll geleistet, die Ost-CDU sei Steigbügelhalter der SED und die CDU/CSU Gegnerin des KSZE-Prozesses gewesen. Modrow und der Runde Tisch seien weggeschickt worden wie Vertreter einer Kolonie. Der Traum des Bundeskanzlers vom Platz im Geschichtsbuch sei zum Alptraum geworden. Den Menschen in der DDR müsse eine Perspektive zum Bleiben gegeben werden.



Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Landesverkehrswacht Nordrhein-Westfalen sind deren Präsident Kurt Dreist (4. v. r.) sowie die Vizepräsidenten und Vorstandsmitglieder von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (am Pult) im Landtag empfangen worden.
Foto: Schüler

CDU und F.D.P. halten am Verbund von Kohle und Kernenergie fest

NRW-SPD drängt: Bis 1991 Dreibeige-Kat und Rußfilter für Dieselauto

Siegfried Jankowski (SPD) erwähnte als Beweis für die umweltfreundliche Kohleenergie das Kraftwerk Lausward in der Nähe des Landtags, „das sauberste Kohlekraftwerk Europas“. Der Schwefeldioxidausstoß sei nahe Null, Stickoxid sei von 2000 auf 180 Milligramm pro Kubikmeter Luft reduziert worden. In NRW seien besondere Techniken entwickelt worden. Seit 1985 werde der Emissionsminderungsplan umgesetzt. Durch konsequentes Festhalten an der Kohle seien Verstromungstechnologien von einmaligem Niveau entwickelt worden. Der Export sei auch ein Beitrag zum Umweltschutz in anderen Ländern. Anders als beim Katalysator für Autos seien konsequent strenge Maßstäbe bei den Kraftwerken angelegt worden.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) trug die Erfolgsbilanz verminderter Emissionen seit der Großfeuerungsanlageverordnung 1983 vor. Bis Mitte 1990 werde die Kraftwerkseinstückung abgeschlossen sein. NRW sei in der Luftreinhaltung das sauberste Energieerzeugerland weltweit. Eine gemeinsame Kraftanstrengung von Unternehmen, Anlagenbau, Verwaltung und Politik habe das ermöglicht. Luftreinhaltepläne für das Ruhrgebiet von über 3000 Quadratkilometer Größe mit acht Millionen Menschen sorgten für künftige saubere Luft. Im Verkehrsbereich sei jedoch der Schadstoffausstoß angestiegen. Es sei nicht hinnehmbar, daß das Auto zunehmend die Luft belastet. Der geregelte Dreibeige-Katalysator könne 90 Prozent des Benzolausstoßes vernichten. Im Hinblick auf die Klimaproblematik müsse den Spurengasen weltweites Augenmerk gewidmet werden.

Christa Toben (CDU) stimmte der guten NRW-Bilanz zu, hielt jedoch den Einstieg in die Klimaproblematik für zu klein. Die Kraftwerke auf der Basis fossiler Brennstoffe emittierten in NRW ebensoviel Kohlendioxid wie der gesamte Verkehr bundesweit. Über den Beitrag der Kernenergie müsse trotz neuer Technologie, Energieeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung, die auch die CDU befürwortet, neu debattiert werden. Die Kohle habe, davon sei sie zutiefst überzeugt, nur Chancen im Verbund mit Kernenergie. Früher habe das auch die Landesregierung so gesehen.

Michael Ruppert (F.D.P.) erklärte, bei dem Thema sei Ehrlichkeit gefordert. Da habe die SPD Ökosteuern angekündigt. Er finde das diskutabel. Aber was sollten das für Ökosteuern sein? Da solle Gas belastet werden, Mineralöl solle belastet werden, aber die Kohle, einer der Haupt-CO₂-Erzeuger, bleibe außen vor. Auch das natürlich mit Rücksicht auf Wählerklientel und ideologische Barrieren. Der Antrag der SPD weise darauf hin, daß seit 1985 15 Milliarden Mark investiert worden seien. Das sei richtig. Das seien aber nicht Landesmittel gewesen, sondern vielmehr Mittel der Wirtschaft und Verbraucher, die dort investiert worden seien.

Klaus Strehl (SPD) meinte zur Ehrlichkeit, die Opposition solle nicht dauernd daran

Bei der Aussprache über den SPD-Antrag für konsequente Luftreinhaltung und Kohlevorrang (Drs. 10/5184) wurden am 15. Februar die unterschiedlichen energiepolitischen Grundsätze zwischen Landesregierung und SPD-Mehrheit einerseits und CDU-F.D.P.-Opposition andererseits deutlich. Der positiven Bilanz von Minister Matthiesen der Schadstoffminderung beim Ausstoß von Kraftwerken wurde zugestimmt. Während die SPD weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung und den Dreibeige-Katalysator bis 1991 auch im nationalen Alleingang fordert, halten CDU und F.D.P. am Verbund Kohle-Kernenergie fest (Drs. 10/5232).



Der stolzen Bilanz umweltfreundlicher Kohlekraftwerke in NRW von Minister Matthiesen stimmten Energiepolitiker aller Fraktionen zu, über die künftige umweltfreundliche Energiepolitik gingen jedoch die Meinungen auseinander, v.l.: Siegfried Jankowski (SPD), Christa Toben (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.), Minister Klaus Matthiesen (SPD).
Fotos: Schüler

vorbeireden, daß sie eigentlich die Kernkraft und nicht etwa den Verbund zwischen Kohle und Kernkraft im Auge habe. Sie solle ehrlich sein und sagen: Wir setzen ausschließlich auf Kernkraft. Der Aussage, daß für die Zukunftsfähigkeit des Landes eine vorsorgende Energiepolitik von existenzieller Bedeutung sei, könne man noch beitreten. Die übrigen Punkte der Entschließung seien allerdings ein Konglomerat von umweltpolitischen Halbheiten, von Selbstbeweihräucherung und ein Rückfall in die energiepolitische Diskussionslage der fünfziger und sechziger Jahre.

Dr. Helmut Linssen (CDU) hielt der Großfeuerungsanlagenverordnung zugute, sie habe der Umweltindustrie hierzulande einen Riesenanstoß gegeben, weil die Verordnung scharfe Entstickungs- und Entschwefelungsmaßnahmen vorgeschrieben habe. Der Streit, wer nun das größere Verdienst daran habe, ob Bonn oder Düsseldorf, sei müßig. Jetzt gehe es um ganz andere Probleme, nämlich die drohende Klimakatastrophe, dazu seien eine Bestandsaufnahme und eine breit geführte Diskussion notwendig. Was man nicht brauche, sei ein neues Institut, da die Enquetekommission bereits wesentliche Erkenntnisse vorgelegt habe. Zur Luftverbesserung sei es dringend notwendig, den stop-and-go-Verkehr aufgrund fehlender Umgehungsstraßen und Netzanschlüsse im Lande endlich zu beenden. Linssen bemängelte das Fehlen eines Konzepts der SPD im Braunkohlegebiet, wo Kohlevorrang und Umweltschutz hart aufeinander stießen. Alles in allem sei der Versuch der SPD durchsichtig, „die Erfolge der Großfeuerungsanlagenverordnung auf nordrhein-westfälische Politik zu laden“. Der SPD-Antrag bringe nichts zur Energiekon-

zeption, deshalb sei er reiner „Schaufensterantrag“.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) zeigte sich stolz über das Interesse des Auslands, wie man in NRW aus einer alten Industrie-region etwas ökologisch Vernünftiges und Verantwortbares mache. Man sei das effektivste Energiezentrum der Welt auf Kohlebasis und mittlerweile zu einem Zentrum für umweltverträgliche Technologien geworden. Die CDU könne nicht davon lassen, die Kohle zu diskreditieren und langfristig ausschließlich auf die Kernenergie zu setzen. Aber die Regierung sei nicht bereit, „die kalkulierbaren Risiken der Kohle gegen die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie einzutauschen“.

Haushaltsausschuß tagt in Berlin/Ost

Im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Deutschen Demokratischen Republik und die politische Bedeutung der dortigen Vorgänge beabsichtigt der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags, am 22. und 23. März 1990 in Berlin politische Gespräche mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Stadt Berlin zu führen. Schwerpunktthemen dieser Gespräche sollen der Einsatz und die Verwendung der im Haushalt 1990 des Landes Nordrhein-Westfalen für Hilfen an die DDR veranschlagten Mittel, weitere finanzielle Hilfsmöglichkeiten des Landes NRW für die DDR und Bürgerschaftshilfen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung von Gemeinschaftsunternehmen, Beteiligungsgesellschaften und Betriebsstätten/Niederlassungen in der DDR sein.

Liberales wollen Schulfrieden wiederherstellen

SPD lehnt Antrag ab: Elternrecht nicht gewährleistet

In direkter Abstimmung hat der Landtag am 14. Februar den von der F.D.P.-Fraktion eingebrachten Antrag „Kurs auf neuen Schulfrieden“ (Drs. 10/5191, Neudruck) abgelehnt. Mit ihrem Antrag wollte die F.D.P. vom Landtag festgestellt wissen, „daß es in NRW keinen fairen Wettbewerb aller Schulformen gibt, weil Privilegien in der Lehrerzuweisung, der Sachausstattung oder der Bildungswerbung noch immer nicht abgeschafft sind“. Auch würden immer noch Bestrebungen verfolgt, die Gesamtschule als Einheitsschule flächendeckend einzuführen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) stellte zur Begründung fest, der Schulfrieden im Lande sei zu wichtig, als daß man nicht einen „letzten“ Versuch unternehmen sollte, goldene Brücken zu bauen, auch wenn die Mehrheitsfraktion sie bisher ausgeschlagen habe. Wesentliche Punkte des Antrags seiner Fraktion seien mehr Dezentralisierung in der Bildungsverwaltung, etwa beim Lehrerzuweisungsverfahren, Weiterentwicklung des Gymnasiums, das als akzeptierte und förderungswürdige Schulform zu sehen sei, sowie die Stärkung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen einzelnen Schulen. So könnten die Gemeinden endlich aus dem „Prokrustesbett der Schulgesetzgebung des Landes“ befreit werden „und sich ihren eigenen schulischen Maßanzug schneiden“. Ferner wolle man die Einrichtung von neuen Gesamtschulen von einer ausgewogenen Schülerpopulation abhängig machen. Man habe den Antrag, so der Sprecher, bewußt so formuliert, daß die SPD ihn, wenn Äußerungen ihrer führenden Politiker weiterhin Bestand haben, mittragen könnte.

Hans Frey (SPD) bezeichnete den Antrag als Ausdruck für die Unwahrhaftigkeit, mit der die Opposition die schulpolitische Diskussion führe. Der Titel des Antrags sei „infam“, denn Frieden setze „Schulkrieg“ voraus, aber der existiere ausschließlich in den Köpfen der Opposition und ihrer „Bodentruppen“. Das Land habe ein vielfältiges, differenziertes und qualitativ hochstehendes Bildungssystem; woran es mangle, sei allein die aufgrund der hohen Nachfrage zu geringe Zahl an Gesamtschulplätzen. Da könne man nicht hingehen — was der Antrag im Endeffekt bedeuten würde — und die Gesamtschule „einfrieren“ wollen, um sie dann mittelfristig ganz zu beseitigen. Es sei „abstrus“, die Einrichtung neuer Schulen dieses Typs von einer wie auch immer gearteten

„Schülerpopulation“ abhängig zu machen: Wie das mit dem vielbeschworenen Elternrecht zu vereinbaren sei, erscheine ihm schleierhaft.

Schulfrieden sei für die F.D.P. nichts anderes als die bedingungslose Kapitulation aller, die neben dem gegliederten Schulwesen auch Gesamtschulen haben wollen.

Marie-Luise Woldering (CDU) erklärte: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen große Probleme, und zwar an allen Schulformen.“ Überall gebe es Probleme mit der Lehrerschaft, stiegen die Schülerzahlen, nur nicht bei den Gesamtschulen, da bliebe die Entwicklung der Schülerzahl hinter der Prognose zurück. Dennoch würden Gesamtschulgründungen, nicht zuletzt in kleineren Gemeinden auf dem Land, mit zum Teil atemberaubenden Versprechungen weiter forciert; damit werde Unzufriedenheit in die Kommunen getragen, wie das zuletzt in Nordwalde geschehen sei. Es gehe nicht an, daß vor Ort geglaubt werde, die Probleme seien zu lösen, wenn man als erster eine Gesamtschule gründe und anderen Gemeinden das Nachsehen gebe; das stifte nur Unfrieden. Die CDU werde darum dem F.D.P.-Antrag zustimmen, erklärte Frau Woldering.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) urteilte, bei dem Antrag gehe es nicht um mehr Klarheit, sondern es werde wieder einmal „ein bißchen mehr Nebel“ geworfen. Die Landesregierung halte an der Sekundarstufe I-Gliederung in die gleichberechtigt nebeneinander stehenden Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule fest. Sie gewährleiste das Elternrecht und bestehe auf der Verpflichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände, Schulen in der Sekundarstufe I zu errichten und fortzuführen, soweit dafür ein Bedürfnis bestehe. Die Forderung nach einem eigenen „Maßanzug“ für die Gemeinden gehe ins Leere, schließlich falle nach dem Schulverwaltungsgesetz die Errichtung einschließlich der Festlegung des Standorts, die Änderung und Auflösung von Schulen in deren Zuständigkeit; überprüft würden nur Rechtmäßigkeit, aber nicht Zweckmäßigkeit der Entscheidung. Aber oft genug — etwa im Fall der zweiten Bonner Gesamtschule — seien „Maßanzug“ und Wunsch der Eltern nicht in Übereinstimmung zu bringen. Der Minister wies darauf hin, daß für Gesamtschulen 112 Anmeldungen für die Eingangsklassen vorliegen müssen, um sie zu errichten: „Für alle übrigen Schulformen reicht die Hälfte“, betonte Schwier. Die Anmeldungen zur Gesamtschule könne man nicht, wie die F.D.P. dies anstrebe, durch Vorauslese steuern, es widerspreche dem Elternrecht, die vorhandene Nachfrage nach Gesamtschule durch solche Auswahlkriterien „zurechtzustutzen“.

Olympiade in Berlin:

Frage nach Millionen für Revierbewerbung

Die große Vielfalt der Sportpolitik spiegelte die Tagesordnung der Sportausschußsitzung vom 13. Februar wider, zu der Ausschußvorsitzender Hans Rohe (SPD) auf Antrag der CDU-Fraktion eingeladen hatte.

Zunächst ging es in einer Aktuellen Viertelstunde um das Thema „Vorsorgeuntersuchungen für Sporttreibende“. Diese Angelegenheit, die schon mehrmals Gegenstand der Beratungen im Sportausschuß gewesen war, wurde vor dem Hintergrund eines Berichts der Kommission „Gesundheit“ des Bundesausschusses für Wissenschaft, Bildung und Gesundheit wieder aufgerollt. Der Bericht stellt fest, daß die Förderung und Erhaltung der Gesundheit bei Sporttreibenden Eingangs- und Wiederholungsuntersuchungen nötig mache. Für die Landesregierung vertrat der Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales den bekannten Standpunkt, daß eine zusätzliche Reihenuntersuchung für Sporttreibende, neben den vielen Vorsorgeuntersuchungen des allgemeinen Gesundheitswesens, nicht notwendig sei. SPD-Sprecher Uwe Herder rechnete vor, daß nach Angaben des Berichts bei einer einfachen Untersuchung pro Proband 36,52 Mark aufzuwenden sind. Bei über vier Millionen Sporttreibenden in NRW würde dies bereits 150 Millionen Mark ausmachen. Sportabteilungsleiter Johannes Eulerling (Kultusministerium) regte an, die Kinder- und Schuljugenduntersuchungen um den Aspekt der Sporttauglichkeit auszuweiten. Leider habe sich Nordrhein-Westfalen mit seiner Initiative im Bundesrat, die Sportmedizin in der Approbationsordnung der Ärzte aufzunehmen, nicht bei den übrigen Bundesländern durchsetzen können.

Um die Situation im Golfsport ging es in einem weiteren Tagesordnungspunkt. Die CDU-Fraktion kritisierte einen vom Regierungspräsidenten Düsseldorf herausgegebenen Orientierungsrahmen für Standortbeurteilungen von Golfplätzen als wenig sportfreundlich. Staatssekretär Dr. Hans-Hermann Bentrup vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wies diese Kritik mit dem Hinweis zurück, daß der Orientierungsrahmen versuche, die beiden Positionen Landschaftsschutz und Sportbedürfnis miteinander in Einklang zu bringen. Die von der CDU-Fraktion übernommene Kritik des Golfsportverbandes sei nicht berechtigt. Im Gegenteil, der Orientierungsrahmen versuche, das Genehmigungsverfahren für Golfanlagen transparenter zu machen. In Nordrhein-Westfalen gebe es derzeit 63 Golfanlagen, während derzeit noch rund 70 Golfanlagen unterschiedlicher Weise in der Planung sind. Die Einrichtung eines 18-Loch-Golfplatzes koste etwa 1,5 bis 2 Millionen Mark und erfordere 800 000 Mark Betriebskosten jährlich. Da ein 18-Loch-Golfplatz etwa 100 ha und eine 9-Loch-Anlage etwa 50 ha erfordere, werden große Landschaftsflächen von solchen Anlagen in Anspruch genommen. Um die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen, sei es erforderlich, solche Anlagen einer Mehrfachnutzung zu unterziehen, indem

Fortsetzung Seite 15

Hauptausschuß stimmte Änderungen im Rundfunkrecht und DDR-Hilfen zu Recht auf kostenlose Kurzberichterstattung im Fernsehen

Zu Beginn der Beratungen über die neue Rundfunkgesetzgebung kritisierten CDU-Mitglieder das Vorhaben, die neue NRW-Filmstiftung aus Überschüssmitteln der Landesrundfunkanstalt mitzufinanzieren (s. „Landtag intern“ Nr. 2/1990). Eine Konzentration der Filmförderung sei, sagte Dr. Ottmar Pohl (CDU), erwünscht, aber Mißtrauen wegen einer Dominanz des WDR angebracht. Eine „qualifizierte Gesetzesberatung“ vermißte Helmut Eifring (CDU) auch bei der neu von der SPD beantragten Vorschrift „Recht auf unentgeltliche Kurzberichterstattung im Fernsehen“. Dr. Achim Rohde (F.D.P.) ergänzte, dies sei nicht Gegenstand der Anhörung gewesen und verstoße auch gegen die Absprache, auf eine dritte Lesung zu verzichten.

Der medienpolitische Sprecher der SPD, Jürgen Büssow, verwies auf bessere Wettbewerbschancen für die NRW-Filmproduktion durch die Filmstiftung angesichts neuer Attraktion des Standorts Berlin. Über das Recht auf Fernseh-Kurzberichterstattung hätten sich die Länder bei den Staatsvertrags-Verhandlungen geeinigt. Staatssekretär Wolfgang Clement teilte mit, der Bundesrat werde dem Staatsvertrag „Fernseh-Kurzberichterstattung“ am 21. März zustimmen. NRW bewege sich auf sehr sicherer Grundlage, alle Länder seien sich einig, einige hätten den Weg bereits eingeschlagen.

Mit dem gesetzlich verankerten Recht auf Fernseh-Kurzberichte wollen die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihrem Ausschluß von der Berichterstattung über publikumswirksame Sport- und Showveranstaltungen durch zu hohe Übertragungsgebühren entgegenwirken. Seit der Zulassung kommerzieller Programmanbieter sind die Lizenzgebühren für Sportveranstaltungen, auch für die Olympiade, so stark angestiegen, daß die Anstalten nicht immer mitbieten konnten. Im Interesse umfassender Berichterstattung über „Veranstaltungen und Ereignisse, die öffentlich zugänglich und von allgemeinem Informationsinteresse sind“, sollen „nachrichtenmäßige“ Kurzbeiträge von eineinhalb Minuten Länge rechtlich garantiert werden. Der „mühselig ausgehandelte Kompromiß“ wurde trotz weiteren Beratungsbedarfs der Opposition mit den Stimmen der SPD-Mehrheit im Hauptausschuß gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. befürwortet. Auch die übrigen im Entwurf der Landesregierung vorgesehenen Änderungen, so bei der Zusammensetzung des Rundfunkrats nach Gründung der Industriegewerkschaft Medien und bei „Sendezeiten für Dritte“ (Werbung für Parteien außerhalb von Wahlkämpfen) wurden von der Ausschlußmehrheit angenommen.

Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde hatte zu Beginn der Sitzung der Leiter der Staatskanzlei Wolfgang Clement über die Einspeisung von DDR-Fernsehprogrammen in NRW und über Sofort-Hilfsmaßnahmen in der DDR berichtet, wofür im Haushalt 1990 20 Millionen Mark bereitgestellt worden sind (s. auch „Landtag intern“ Nr. 21/1989). Der Eröffnung eines Verbindungsbüros NRW in Ostberlin mit vier Mitarbeitern, Soforthilfen für das Gesundheitswesen, zum Beispiel Ausstattungsmaterial für Akutkrankenhäuser, Medizingeräte oder Transportmittel für

Als weitere Änderung im WDR-Gesetz und im Landesrundfunkgesetz über die in früheren Beratungen und in einer Anhörung bereits behandelten Neufassungen (s. vorige Ausgabe) hinaus legte die SPD-Fraktion dem Hauptausschuß eine neue, mit anderen Bundesländern abgestimmte Vorschrift über unentgeltliche Kurzberichterstattung vor. Die beiden Änderungsgesetze wurden am 16. Februar im Plenum in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses behandelt (Bericht folgt). In der von Vorsitzendem Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) geleiteten Sitzung berichtete eingangs der Leiter der Staatskanzlei Wolfgang Clement über Sofort-Hilfsmaßnahmen für die DDR.



Soforthilfe für die DDR aus Landesmitteln und Änderungen im Rundfunkrecht waren Hauptthemen des Hauptausschusses am 7. Februar, 3. v. r. Vorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), daneben der Leiter der Staatskanzlei, Wolfgang Clement. Foto: Schüler

Behinderte, für Umweltschutzmaßnahmen in Leipzig und für Betriebsberatung mit einem Umfang von insgesamt elf Millionen Mark stimmte der Hauptausschuß zu. Auch die Forderung der Landesregierung, die Länder an den deutsch-deutschen Verhandlungen über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion angemessen zu beteiligen, wurde vom Hauptausschuß unterstützt. Über den Austausch von

Medienprogrammen soll nach der DDR-Wahl weiter verhandelt werden. Der Einspeisung von DDR-Fernsehprogrammen in NRW stehen rechtliche und finanzielle Bedenken im Wege. Zum CDU-Antrag „Verfassungsschutz: mehr Vertrauen durch mehr Information“ berichtete der Präsident des Verfassungsschutzamtes Dr. Baumann in Anwesenheit eines WDR-Kamerateams über die Öffentlichkeitsarbeit des Amtes.

In der Volkskammer kommen sie nicht zu Wort DDR-Frauen: „Wir trauen uns nicht“

Bisher leer sind die Frauen in der DDR seit dem Umbruch ausgegangen. Das wurde deutlich bei einem Besuch von 21 Frauen aus Leipzig und Karl-Marx-Stadt im Düsseldorfer Landtag. Sie berichteten Mitgliedern des Ausschusses für Frauenpolitik und der Frauenbeauftragten Ilse Ridder-Melchers (SPD) übereinstimmend von allgemein weit verbreiteter Abneigung gegen Politik und gegen Parteien, von frauenfeindlicher Einstellung der Reformgruppen und von ihren eigenen Hemmungen, öffentlich aufzutreten.

Zwar veränderte sich, so erzählten die überwiegend jüngeren DDR-Bürgerinnen, allmählich der Alltag. Der militärische Drill im Kindergarten lasse nach, es dürfe mehr gespielt und draußen getobt werden. Aber was generell zur Entlastung der berufstätigen Mütter und für die Erziehung der Kinder geschehen müsse, sage ihnen keiner. Angesichts der härteren Bedingungen — in der Regel beginnt die Arbeit morgens eine Stunde früher als bei uns, Kinder müssen um 6 Uhr im Kindergarten sein — hielten sich die Düsseldorfer Gesprächspartnerinnen mit Ratschlägen zurück. Bis zu NRW-Verhältnissen mit Frauenausschuß im Parla-

ment, Frauenbeauftragter der Landesregierung und 160 kommunalen Frauenbüros sei noch ein weiter Weg, sagten die Besucherinnen, die nicht nur die Scheu vor öffentlichen Ämtern zurückhält, sondern einfach oft auch die fehlende Kraft.

Die längeren Öffnungszeiten der ausreichend vorhandenen Kindergärten, vierwöchiger Teil-Lohnersatz bei Krankheit von Kindern, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr waren Pluspunkte, die die DDR-Frauen erwähnten. Von ihren Gesprächspartnerinnen im Landtag wurden ihnen weitere Unterstützung und regelmäßige Kontakte zugesagt.

Die Zukunft der Design-Ausbildung als Thema einer öffentlichen Anhörung

„Verkannte Genies auf den Fluren der Arbeitsämter“

Grundlinien eines zukunftssträchtigen Konzepts wissenschaftlich-künstlerischer Ausbildung und die Einschätzung der Design-Entwicklung hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit in Europa waren zentrale Gesichtspunkte einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und des Kulturausschusses am 8. Februar 1990. Unter dem Vorsitz von Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) fanden Vertreter von Unternehmen, Instituten, Verbänden und Hochschulen Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir an dieser Stelle auszugsweise referieren.

Beim Design habe man es mit einem universellen Phänomen der Alltagskultur zu tun. Seine elementare Funktion sei der Beitrag zur qualitativen Steigerung der Lebensqualität, erklärte Dr. Peter Zec für den Verband Deutscher Industriedesigner. Angesichts des sich verschärfenden Wettbewerbs auf den Weltmärkten erkenne die Industrie zunehmend die besondere Innovationsfunk-



Zahlreiche Vertreter von Verbänden, Hochschulen, Instituten und Unternehmen waren der Einladung zum Hearing (Foto) gefolgt. Foto: Schüler

tion des Design, wobei neben rein gebrauchstechnischen immer mehr auch ästhetische Funktionen in den Vordergrund treten. Trotz dieser Lage sei derzeit der Arbeitsmarkt für Designerinnen und Designer nicht als gut zu bezeichnen; er werde sich auch in Zukunft nur unwesentlich verbessern, fand Zec. Zwar würden sich die Anforderungen erhöhen, damit gehe jedoch nicht ein quantitativ höheres Angebot an Arbeitsplätzen einher. Im übrigen sei eine relativ große Diskrepanz zwischen Designerausbildung und Anforderungen von Wirtschaft und Industrie festzustellen. Zur Abhilfe schlug der Sprecher unter anderem vor, die bestehenden Studiengänge weiter zu konsolidieren und auszubauen – „mit dem Ziel einer fachlich umfassenden und qualitativ hochwertigen Ausbildung zum Industrie-Designer“ sowie neue, zeitgemäße Design-Bereiche in Lehre und Forschung zu erschließen.

Design sei der Entwurf einer humanen Welt, definierte Professor Helmut M. Schmitt-Siegel und siedelte das Fach zwischen der

erkenntnisorientierten Wissenschaft und der sinngebungsorientierten Kunst an: „Design ist nicht Kunst, nicht Kunstgewerbe, nicht Styling, nicht Kosmetik. Design ist Sozialfaktor, Kultur- und natürlich Wirtschaftsfaktor“. Man sei sich längst darüber einig, daß die Zwangsintegrierung der zwanzig, teils renommierten Werkkunstschulen Anfang der 70er Jahre ein großer Fehler gewesen sei. Nach Schließung der Hochschule für Gestaltung in Ulm 1969 habe es auf westdeutschem Boden nichts mehr gegeben, „was national oder gar international am Design-Himmel funkelte“. Mit dem quantitativen Ausbau der Design-Ausbildung sei ihr qualitativer Verfall gewachsen. Die Folge: „Ein Riesenberg arbeitsloser ‚Genies‘, die, mit einer Diplomurkunde versehen, die Flure der Arbeitsämter bevölkern“. Die Bundesrepublik rangierte im Ausbildungsstandard irgendwo zwischen Neuseeland und den Fidji-Inseln. Es sei vorherrschende Meinung, daß nicht nur die Designer besser zu qualifizieren seien, sondern auch ihre Auftraggeber. Es gebe Konzepte, seit 13 Jahren liege etwa das des Deutschen Werkbunds NRW vor; inzwischen seien „mehrere Studentengenerationen um ihre Zukunft betrogen worden“. Diese viele Jahre der „Handlungsunwilligkeit, der Konzeptions- und Ideenlosigkeit sind schlichtweg ein poli-

tischer Skandal“, kritisierte Schmitt-Siegel, der das Hearing als einen ersten, hoffnungsstiftenden Schritt in eine reformwillige Zukunft wertete. Als nächstes müsse – ähnlich wie im Kunstbereich – eine Planungs- und Strukturkommission gegründet werden. Der Sprecher forderte die drastische Reduzierung der Design-Studierenden und die Gründung von vier neuen Hochschulen, zwei für Design und zwei für „Angewandte Kunst“.

Unter Hinweis auf die zur Zeit der unterschiedlichen Organisationsformen der Design-Studiengänge forderte Professor Dr. Siegfried Maser als Sprecher für die Landesrektorenkonferenz (LRK) der Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes eine „Standardisierung der Organisationsformen, einschließlich der akademischen Grade, der Ausbildung im Sinne eines einheitlichen, flexiblen Baukastensystems (Studienbausteine)“. Trotzdem sollten aber „die jeweils positiven Möglichkeiten der unterschiedlichen Hochschultypen erhalten und genutzt werden“. Bei der Ausbildung sei

die Grundausbildung umfassender zu gestalten, die Spezialisierung dürfe erst so spät wie möglich erfolgen.

Professor Dr.-Ing. Heinrich Ehlebracht von der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen griff die Diskussion über die inhaltliche Designausbildung an den Fachhochschulen auf: Es sei beklagt worden, daß die Ausbildung „in ein zu kleinelches Fächerraster eingezwängt“ sei. Darum scheine notwendig, die Studienordnungen der Designfachbereiche von einigen Zwängen zu befreien und sie für neuere Entwicklungen offener zu gestalten. Die Diskussion sollte bald zu einem Ergebnis, also zu einer neuen Diplomprüfungsordnung, kommen. Auch das Aufnahmeverfahren sei dringend zu überdenken: Hier sollte das Kriterium Eignung im Vordergrund stehen. Änderungen müsse es auch bei der zur Zeit problematischen Gewinnung von Professoren für die Designausbildung geben, die auch weiterhin bei den Fachhochschulen verbleiben sollte.

Auf Verbindungen zwischen den Designhochschulen und der Wirtschaft wies Professor Odo Klose von der Universität-Gesamthochschule-Wuppertal hin: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Arbeiten der Professoren des Produkt- und Kommunikationsdesigns und ihrer Arbeitsgruppen sei erheblich. Die Hochschulpolitik sei darauf aber bisher nicht eingegangen, klagte er, es sei versäumt worden, die Designausbildung „ihrer tatsächlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung gemäß zu konzipieren“. Im Gegenteil: Für die Hochschulen sei es bislang unerheblich, welche Leistungen Professoren außerhalb der Hochschulen erbrächten – „die Hochschulen profitieren von diesen Leistungen erst, wenn sie wirtschaftlich autonom handeln könnten, und die einzelnen Professoren mit ihren Instituten tatsächlich teilrechtsfähig wären“. Die Arbeitsstätten und Produktivmittel im Designbereich seien in einem „miserablen Zustand“, die Hochschulen hinkten insgesamt der gestalterischen Entwicklung in der Industrie hinterher. Den Hochschulen müßten die gleichen Arbeitsbedingungen wie in entsprechenden Bereichen der Industrie gewährt werden, aber: sie dürften sich nicht als „öffentlich finanzierte Serviceleistende von der Industrie integrieren lassen“.

Professor Günter Drebusch von der Fachhochschule Münster richtete das Augenmerk auf den Umstand, daß der Münsterer Fachbereich Design vor allem Wert auf „außengesteuerte Projekte“ legt, bei denen die Studenten sich echten Auftrags- und Wettbewerbssituationen stellen müssen. In dieser Form der Ausbildung fänden sich die beiden Grundkonstanten des Designs wieder, einerseits die bewußte Beziehung zum praktischen Nutzen der Arbeit für die Gesellschaft, andererseits die Beziehung zu deren ästhetischen Bedürfnissen. Auch Designer brächten, selbst wenn sie keine neue Techniken oder Verfahren erfänden, Gestaltungsideen in die Öffentlichkeit; dieser Transfer, der nicht nur aus Konkurrenzgründen erforderlich sei, sondern auch einem ästhetisch verbesserten und damit menschlicheren Lebensraum diene, sollte von Bildungspolitikern und Ministerialverwaltung als gleichberechtigt neben dem Technologietransfer anerkannt werden, forderte Drebusch.

Frauenausschuß in Essen: Teilzeitarbeit im Landesdienst

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 8. Februar 1990, die anlässlich der Veranstaltung der Landesregierung zum Thema „Teilzeitarbeit“ ebenfalls im Saalbau Essen stattgefunden hat, stand die Beratung des CDU-Antrags zu „Verbesserung und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes NW“ sowie die Auswertung der Anhörung zum SPD-Antrag „Frau und Beruf“.

Im Rahmen der Beratungen des CDU-Antrags zu „Verbesserung der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst“ stellte zunächst ein Vertreter des Innenministers die derzeitige Situation in Nordrhein-Westfalen dar. Der bereits vom Ausschuß für Innere Verwaltung gebilligte Entwurf der Landesregierung zum 5. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, der voraussichtlich Anfang April 1990 in Kraft trete, beinhalte zahlreiche Änderungen für die Bereiche Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung: Verlängerung der Höchstfrist für Beurlaubungen von neun auf zwölf Jahre, für die Teilzeitbeschäftigung von 18 auf 25 Jahre, Modifizierung der Vorschriften für Nebentätigkeit während der Teilzeitbeschäftigung. Die Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen, die in Sachen Teilzeitbeschäftigung eine Vorreiterrolle übernehme, hätte bisher allen Anträgen auf Teilzeitbeschäftigung aus familienpolitischen Gründen entsprechen können. Durch Verwaltungsvorschrift von der Möglichkeit der Teilbarkeit ausgeschlossen seien ausschließlich die Stellen der Behördenleiter/innen und ihrer Stellvertreter/innen. Hinsichtlich der zeitlichen Ausgestaltung wären zahlreiche Möglichkeiten zwischen der Voll- und der Teilzeitbeschäftigung möglich, wobei z. B. der Ausgleich wöchentlich zu erbringen sei. Geplant sei allerdings, Teilzeitarbeit künftig auch auf der Basis des monatlichen Ausgleichs anzubieten, das heißt z. B. zwei Wochen Dienst / zwei Wochen frei. Über alle rechtlichen Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung, der Beurlaubung und des Erziehungsurlaubs sowie die jeweiligen Auswirkungen, z. B. auf das Laufbahnrecht und die Versorgung würden die Bediensteten in entsprechenden Runderlassen des Innenministers und des Finanzministers detailliert informiert.

In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere die Nachteile einer Teilzeitbeschäftigung für das weitere berufliche Fortkommen und die spätere Versorgungslage problematisiert. Im Hinblick auf die Versorgungslage sei eine längerfristige Teilzeitbeschäftigung praktisch nur im Bereich des höheren Dienstes vertretbar. Gefordert wurde darüber hinaus die Möglichkeit für eine Teilzeitbeschäftigung auf allen Dienstebenen und insbesondere auch für männliche Beschäftigte.

Die zu ihrem Antrag „Frau und Beruf“ durchgeführte Anhörung habe nach Ansicht der SPD-Fraktion ihre grundsätzlichen Positionen bestätigt. Die Anhörung hätte allerdings auch ergeben, daß der Antrag hinsichtlich der Frauenförderung in kleinen Betrieben modifiziert werden müsse. In diesem Zusammenhang werde die Idee eines

Kommunalpolitische Folgen der Übersiedler-Stroms

„Für Eingepferchte im Wohlfahrtsstaat wird täglich die Menschenwürde verletzt“

Mit den kommunalpolitisch relevanten Folgerungen aus dem Zustrom von Übersiedlern befaßte sich der Ausschuß für Kommunalpolitik in der von Vorsitzendem Hans Wagner (CDU) geleiteten Sitzung am 7. Februar. Aus fünf Ressorts wurde zusammenfassend über die Auswirkungen des starken Zustroms berichtet.



Der Strom der Übersiedler aus der DDR war Thema einer Sondersitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik, in der Vertreter der betroffenen Ressorts über Auswirkungen auf die Gemeinden berichteten, 4. v. r. Vorsitzender Hans Wagner (CDU).
Foto: Schüler

Noch kein neues Lehrbedarfsproblem sah der Vertreter des Kultusministeriums. In der Aussprache über den Bericht des Vertreters des Arbeitsministeriums kamen auch die Vorschläge zur Sprache, die von NRW zur Begrenzung des Übersiedlerstroms auf Bundesebene gemacht werden (s. auch Bericht über die Aktuelle Stunde am 15. Februar). Neue Städtepartnerschaften gebe es konkret noch nicht, teilte der Vertreter des Innenministeriums mit. Von 27 000

„Arbeitskräfte-Pools“ zum Ausgleich von personellen Engpässen, z. B. aufgrund von Beurlaubungs- oder Erziehungszeiten inhaltlich weiterentwickelt. Schließlich sei deutlich geworden, daß neben betrieblichen Frauenförderungsmaßnahmen das Thema Frauenförderung auch in Tarifverhandlungen einbezogen werden müsse.

Die CDU-Fraktion sah im Ergebnis der Anhörung nachträglich ihren Entschließungsantrag zum Frauenförderungsgesetz in der Feststellung bestätigt, daß nach wie vor die notwendigen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht geschaffen seien. Darüber hinaus sei deutlich geworden, daß Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere in kleinen Betrieben, kein geeignetes Mittel zur Problemlösung darstellen und schließlich vergleichsweise gering qualifizierte weibliche Arbeitskräfte überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen seien. Die Idee der Schaffung eines „Arbeitskräfte-Pools“ sei auch nach Auffassung der CDU-Fraktion eine interessante Überlegung. Die abschließende Beratung beider Anträge ist für den 15. März 1990 vorgesehen.

Übersiedlern im Jahre 1989 seien 20 000 in Arbeitsplätze vermittelt worden, berichtete der Sprecher des Wirtschaftsministeriums. „Massenquartiere in Turnhallen, Schulaulen, Rats- oder Theatersälen oder auch das Schließen von Schulen mit Schichtunterricht können aber nicht ernsthaft eine vernünftige Lösung sein“, heißt es in einer Resolution aus Witten, die dem Kommunalausschuß inzwischen zugegangen ist. Für die so Eingepferchten im Wohlfahrtsstaat Deutschland“ werde „per Erlaß“ täglich die Menschenwürde elementar verletzt, meinen die führenden Vertreter einer Stadt. „die stolz auf ihre eigenen Anstrengungen zur Unterbringung und Integration ihrer zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger ist“. Auch den Alteingesessenen müsse vieles wieder weggenommen werden, was den Lebenswert der Stadt ausgemacht habe.

★

Inzwischen wurde von der Landesregierung für 64 Städte in NRW ein Aufnahmestopp verfügt. In der Kabinettsitzung am 13. Februar teilte Minister Hermann Heinemann mit, daß sich nach der Zuweisungsverordnung bereits 36 Gemeinden hätten freistellen lassen. Die Zahl der Kommunen mit Aufnahmequoten von 100 Prozent sei sprunghaft auf 147 gestiegen. 249 hätten die Quote noch nicht erreicht. Einige Kreise lägen bei der Aufnahmequote sogar unter 50 Prozent.

Lothar Harloff, bisher Leitender Ministerialrat, ist auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. vom Landtag zum Direktor des Landesrechnungshofs gewählt worden. Ministerialrat Dr. Hartmut Heikaus wurde Mitglied des Landesrechnungshofs.

Allgemeiner Vollzugsdienst: Sockel von 50 000 zu bezahlenden Überstunden

Fröndenberger Mutter-Kind-Einrichtung soll Mitte des Jahres in Betrieb gehen

Zu Beginn der Sitzung des Rechtsausschusses am 7. Februar unter dem Vorsitz von Friedrich Schreiber (SPD) wollte der SPD-Abgeordnete Egbert Reinhard wissen, ob Staatsanwälte in Bochum bei ihrer Ermittlungsarbeit gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit der Gladbecker Geiselnahme dadurch behindert worden seien, daß diese Staatsanwälte zugleich mit zwei gegen Landtagsabgeordnete eingeleitete Ermittlungsverfahren betraut gewesen seien. Den gleichlautenden Beweisantrag hatte die Mehrheit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß III als unzulässig zurückgewiesen, weil das Beweisthema vom Untersuchungsauftrag nicht gedeckt sei. Ausschußvorsitzender Schreiber zitierte aus einer Stellungnahme des Justizministers, in der die beiden Staatsanwälte in einer dienstlichen Äußerung darlegten, eine Verzögerung der Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte sei durch die beiden Strafanzeigen nicht erfolgt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion gab anschließend der Justizminister einen Bericht zum Stand der Überstunden im allgemeinen Vollzugsdienst und führte dabei aus, daß zum Stichtag 31. Januar 1990 im Vollzugsamtbezirk Westfalen-Lippe 114 900 Stunden und im Vollzugsamtbezirk Rheinland zum gleichen Datum 69 849 Überstunden auszugleichen waren. Er wurde darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Teil hiervon durch Freizeit ausgeglichen werden kann. Man sei optimistisch, entsprechend der Forderung des Parlaments, bis zum 31. März 1990 die zu bezahlenden Überstunden auf einen Bodensatz von 50 000 reduzieren zu können. Es sei nicht unproblematisch, so räumte Justizminister Dr. Krumsiek (SPD) gegenüber Helmut Diegel (CDU) ein, angesichts der erneut bevorstehenden Arbeitsverkürzung die Überstunden auf diesen Stand zurückzuführen und dort zu halten. Einen ausführlichen Bericht über den Besuch der Vollzugskommission in der Justizvollzugsanstalt Siegburg und die Besuche bei den Vollzugsämtern Rheinland und Westfalen-Lippe gab die Sprecherin der Vollzugskommission Frau Marie-Luise

Morawietz (SPD). Anlaß für den Besuch in Siegburg waren mehrere Zuschriften von Bediensteten, die das schlechte Betriebsklima in der Anstalt beklagten. Der Besuch habe sich deshalb im wesentlichen auf Gespräche mit Vertretern der Anstaltsleitung sowie dem Personalrat der Justizvollzugsanstalt konzentriert. Sie hofft, daß die, insbesondere durch die Diskussion um den Jahresdienstplan, erheblichen Störungen der vertrauensvollen Zusammenarbeit nunmehr ein Ende gefunden haben und durch eine kontinuierliche Beteiligung des Personalrates eine bessere und sinnvollere Zusammenarbeit für die Zukunft angestrebt wird.

Bei den Besuchen der Vollzugskommission in Hamm und Köln seien die Themen Belegungssituation, Belastung des allgemeinen Vollzugsdienstes und der Fachdienste sowie Probleme der medizinischen Versorgung erörtert worden. Sie bedauerte dabei erfahren zu haben, daß die Mutter-Kind-Einrichtung in Fröndenberg entgegen der Zusage des Justizministers nicht vor 1991 in Betrieb genommen werden könne. Auch die stellvertretende Vorsitzende Marlies Robels

und Helmut Diegel, beide CDU, warfen dem Justizminister vor, mehr als grob fahrlässig den Ausschuß falsch informiert zu haben. Justizminister Dr. Krumsiek erklärte daraufhin unmißverständlich unter Berufung auf den zuständigen Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, daß mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen die Einrichtung in Betrieb gehen könne. Spätestens zum 1. Juli 1990 wird es nach seinen Worten möglich sein, Mütter mit ihren Kindern in Fröndenberg aufzunehmen. Sobald das bisher noch nicht vorhandene Fachpersonal zur Verfügung stehe, könnten bis zu elf Müttern mit bis zu 14 Kindern in dem Haus untergebracht werden.

Bewährungshilfe-Hearing

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll die Situation der Bewährungshilfe in Nordrhein-Westfalen Gegenstand einer Sachverständigenanhörung am 7. März sein. Bewährungshelfer sollen unter anderem zur Frage der Entwicklung der Geschäftsbelastung, zu Fragen der Möglichkeiten zur Fortentwicklung der grundlegenden Verwaltungsvorschriften, zu Fragen der Fortbildung, der Organisation und Ausstattung sowie zu Erfahrungen bei der Zusammenarbeit der Bewährungshilfe mit dem Strafvollzug gehört werden. Die SPD erhoffe sich davon, so ihr Sprecher Albert Klütsch, bessere Planungsunterlagen für die zukünftigen Beratungen. Der Anregung der CDU-Fraktion durch ihren Sprecher Dr. Hans-Ulrich Klose sowie durch Heinz Lanfermann (F.D.P.) auch Vertreter des Vollzuges zu dieser Problematik zu hören, wollte die SPD unter Hinweis auf eine solche Veranstaltung in der letzten Wahlperiode nicht folgen. Entsprechende Anträge wurden deshalb abgelehnt. Zu Fragen der Juristenausbildung waren bereits insgesamt 39 Sachverständige und Verbände in einem schriftlichen Verfahren gehört worden. Der Rechtsausschuß wollte nach Vorliegen einer schriftlichen Stellungnahme entscheiden, ob darüber hinaus eine öffentliche Anhörung notwendig ist. Eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission konnte sich aus verschiedenen Gründen nicht einigen. Die CDU-Mitglieder wollten sich zu den Reformüberlegungen in der Juristenausbildung auf die Auswertung der umfangreichen schriftlichen Stellungnahmen beschränken und eine Anhörung, die sich auf Fragen einer Reform der Juristenausbildung unter dem Aspekt der Europäisierung beschränkt, durchführen. Die SPD-Fraktion sah eine solche Anhörung zu Grundsatzfragen der juristischen Ausbildung durch den Auftrag an die Arbeitsgruppe nicht gedeckt, und war auch angesichts des engen Termin- und Zeitplanes des Rechtsausschusses für den Rest der Wahlperiode nicht geneigt, einer solchen Anhörung zuzustimmen. Der Vorsitzende Friedrich Schreiber regte schließlich an, eine nichtöffentliche Anhörung ebenfalls am 7. März 1990 zu dem Thema Juristenausbildung durchzuführen, sofern nach Klärung durch das Ausschußbüro die benannten Sachverständigen für eine solche Veranstaltung zur Verfügung stehen. Die Fraktionen sollen Gelegenheit erhalten, den von der CDU-Fraktion vorgelegten Sachverständigenkatalog zu ergänzen.



An die 70 Teilnehmer (siehe Bild) drängten sich am 30. Januar in den Saal, in dem eine Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Heinrich Riehemann (CDU) stattfand. Noch nie, so erinnerte sich der langjährige Vorsitzende, habe es ein derartig hohes Interesse bei den Vertretern von Landesregierung und Landesrechnungshof an einer Sitzung dieses eher als unspektakulär eingeschätzten Ausschusses gegeben. Grund für die hohe Nachfrage nach Plätzen war die ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung, auf der sich zahlreiche Ressorts der Landesregierung wiederfanden. Foto: Schüler

Wohnungsbauausschuß

DDR-Stadterneuerung kostet Milliarden

Verschiedene parlamentarische Initiativen der CDU und F.D.P.-Fraktion lösten in der von Ausschußvorsitzendem Erwin Pfänder (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 7. Februar einen regen Streit über Fragen der Wohnungspolitik und Möglichkeiten zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren aus. Während die SPD-Fraktion die Meinung vertrat, daß die vorhandenen landespolitischen Instrumente und Maßnahmen ausreichend seien, wurde dies von CDU und F.D.P. bestritten.

Im einzelnen ging es dabei um die Initiativen der F.D.P. zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie um den F.D.P.-Antrag „Mehr Wohnungen für Nordrhein-Westfalen“ und den CDU-Antrag „Mobilisierung von Wohnraum für Studenten“. Demgegenüber waren sich alle Fraktionen einig, im Hinblick auf den F.D.P.-Antrag zur Abhängigkeit des Einzelhandels von der kommunalen Verkehrsplanung erst einmal eine vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr beabsichtigte Anhörung zu den komplexen Sachverhalten des Antrags abzuwarten. Die Anhörungsergebnisse sollen dann parlamentarisch weiter beraten werden.

Auf der Tagesordnung stand auch das Stadterneuerungsprogramm 1990 des Landes Nordrhein-Westfalen, das vom zuständigen Abteilungsleiter Dr. Wolfgang Roters erläutert wurde und dann Gegenstand von Diskussionen war. Dabei zeigte sich, daß auch auf diesem Politikfeld weiterhin unterschiedliche Positionen zwischen SPD-Fraktion auf der einen Seite und CDU und F.D.P. auf der anderen Seite bestehen. Außerdem nahm der Ausschuß einen Bericht von Wohnungs- und Städtebauminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) zur Zusammenarbeit des Landes mit der DDR im Bereich des Städtebaus entgegen. Dabei berichtete Zöpel über die Gespräche in Ost-Berlin und in Leipzig. Es sei ein erlebnisreicher Vorgang gewesen, bei einer sich bildenden Demokratie mit den Vertretern des Runden Tisches gesprochen zu haben. Danach hätten weitere Gespräche unter Federführung von Wirtschaftsminister Dr. Reimut Jochimsen (SPD) in Schwerin/Rostock stattgefunden. Über die für dieses Jahr vorgesehenen Einzelfallhilfen hinaus schätzte der Minister die Lage so ein, daß es geregelte Vereinbarungen erst nach den Wahlen in der DDR geben könne. Im Stadterneuerungsbereich sehe er einen Bedarf von zwei bis drei Milliarden Mark jährlich, über den man gesamtstaatlich sprechen müsse. Über die Handlungsmöglichkeiten des Staates hinaus sei es insbesondere wichtig, vielfältige private Initiativen unterstützend zu vermitteln.

In der Diskussion wurden Fragen des Umweltschutzes, der Rolle des Bundes bei DDR-Kontakten sowie der Substanzerhaltung im ländlichen Bereich angesprochen. Abschließend begrüßte Vorsitzender Pfänder für den Ausschuß die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung. Es gelte festzuhalten, daß es über die staatliche Ebene hinaus dank der Aktivitäten der Landesregierung von wirtschaftlicher Seite her schon eine Vielzahl von Kontakten — insbesondere zu Unternehmen aus NRW — gebe.

Olympiabewerbung...

Fortsetzung von Seite 10

etwa öffentliche Wege für Spaziergänger vorgesehen werden. Im Ergebnis kommt der Orientierungsrahmen zu dem Schluß, daß im Zusammenhang mit der allgemein angestrebten Reduzierung landwirtschaftlicher Produktionsflächen die Anlage von Golfplätzen grundsätzlich positiv zu sehen sei und landschaftsökologische und erholungsorientierte Verbesserungen erreicht werden können. Dies hänge jedoch von der vorgegebenen landschaftlichen Ausgangssituation und von der Art der Golfplatzplanung ab. Deshalb seien Golfsportanlagen in den Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen auszuweisen und unterliegen der Baugenehmigungspflicht.

Für die F.D.P.-Fraktion beanstandete Wolfram Dorn die unterschiedliche Handhabung der Genehmigungsverfahren im

am Gymnasium 4,1 und an der Gesamtschule 5,9 Prozent des Sportunterrichts ausfallen. Als Problemfall wurden die berufsbildenden Schulen bezeichnet, an denen fast die Hälfte des Sportunterrichts nicht erteilt werde. Dies sei auf die Teilzeitproblematik und die mangelnde Akzeptanz des zweiten Berufsschultages zurückzuführen. Sobald der zweite Berufsschultag für alle Fachrichtungen eingeführt sei, könne auch an den berufsbildenden Schulen mehr Sportunterricht erteilt werden. Das Kultusministerium machte darauf aufmerksam, daß im Einstellungsverfahren 1989/90 Sport in allen Schulformen einstellungsrelevant bei der Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern sei.

Schließlich lehnte der Sportausschuß mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion einen Antrag der Oppositionsfraktionen zur Sportstättenförderung im Landessportplan 1990 mit dem Hinweis ab, daß die erfolgte



Auf Initiative des Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Landtags, Karl Knipschild (CDU, 2. v. l.), sowie des stellvertretenden Vorsitzenden Hans Rohe (SPD) hat der Volksanwalt der Republik Österreich, Horst Schender (M.), in Begleitung von Dr. Peter Neill (r.) das Landesparlament in Düsseldorf besucht und ist von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (4. v. l.) empfangen worden. An der Zusammenkunft nahmen auch die Abgeordneten Franz Riscop (CDU, 2. v. r.), Ilse Oel (CDU, 3. v. r.), Martin Stevens (SPD, 3. v. l.) und Horst Steinkühler (l.) teil.
Foto: Schüler

Landes. Die Forderung nach einer landeseinheitlichen Regelung wies der Staatssekretär mit dem Hinweis auf die für alle baulichen Anlagen geltenden rechtlichen Bestimmungen zurück.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt ging es um die Olympiabewerbung des Ruhrgebiets. Nachdem alle Bewerberstädte der Bundesrepublik mit dem Landessportbund und dem Nationalen Olympischen Komitee übereingekommen sind, die Bewerbung von Gesamt-Berlin um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2000 zu unterstützen, wollte die CDU-Fraktion wissen, was mit den fünf Millionen Mark, die für die Förderung der Bewerbung im Landeshaushalt eingestellt sind, geschehen soll. Die Entscheidung wurde auf die nächste Sportausschußsitzung vertagt.

Abschließend ließ sich der Ausschuß vom Kultusminister über den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel im Fach Sport an den nordrhein-westfälischen Schulen unterrichten. Die Vertreter des Kultusministeriums führten aus, daß an der Grundschule 3,8, an der Hauptschule 9,8, an der Realschule 6,7,

Förderung des Umbaus einer Fabrikhalle durch einen gemeinnützigen Verein zur Nutzung als Sporthalle in diesem Einzelfall akzeptiert werden könne. Diesen Einzelfall hatten die Oppositionsfraktionen zum Anlaß genommen, in ihrem Antrag ein ausschließliches Förderungsgebot zugunsten von kommunalen Gebietskörperschaften und Organisationen des Sports zu fordern.

Der Bettelmarsch...

Fortsetzung von Seite 6

Innenminister und Landesregierung. Er wies darauf hin, daß am 27. April vor 50 Jahren die Reichsregierung die Vernichtung aller Sinti und Roma angeordnet habe.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) betonte die geschichtliche Verantwortung, der sich die CDU bewußt sei. Den Sinti und Roma hierzulande sprach er weitgehend den Willen zur Integration ab: „Wenn Integration nicht angenommen wird und Asyl nicht vorliegt, dann muß nach dem Gesetz verfahren werden.“

Arbeitsgruppe Auftragsverwaltung Straßenbau Drei Prozent für Planung sind zu wenig

Die pauschalierte Kostenerstattung des Bundes für Planung, Entwurfsarbeiten und Bauaufsicht im Bereich des Bundesfernstraßenbaus müsse erhöht werden. Das ist die einhellige Meinung der Arbeitsgruppe „Organisation der Auftragsverwaltung im Bereich des Bundesfernstraßenbaus“ aus Mitgliedern mehrerer Ausschüsse des Landtags unter Federführung des Verkehrsausschusses.

Die Arbeitsgruppe hatte seit Mitte 1988 fünfmal beraten und sich im April 1989 über die Organisation und die Praxis der Auftragsverwaltung im Bundesfernstraßenbau in Hessen und Baden-Württemberg informiert. Von beiden Ländern wurden die vom Bund gezahlten drei Prozent vom Bauvolumen für Planungskosten als zu niedrig bezeichnet und eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Erhöhung begrüßt. Die tatsächlichen Planungskosten wurden sowohl von den beiden Landschaftsverbänden, die in NRW für die Straßenbauplanung zuständig sind, als auch von den Experten der beiden Bundesländer mit mindestens 15 Prozent veranschlagt.

Unter der Leitung von Erich Kröhan (SPD) hat sich die Arbeitsgruppe gründlich auf die Initiative vorbereitet. Beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster wurden ausführliche Informationen eingeholt. Ferner lag der Arbeitsgruppe seit Oktober 1988 eine umfangreiche Ausarbeitung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zu dem Themenkomplex vor. Der Beschluß der Arbeitsgruppe, der am 15. März im Verkehrsausschuß beraten werden soll, hat folgenden Wortlaut:

1. Die Landschaftsverbände haben sicherzustellen, daß die Bauaufgaben im Straßenbau erfüllt werden. Sie unterliegen dabei den Weisungen des Fachministers. Zur Erfüllung der Bauaufgaben ist insbesondere im Planungsbereich eine Personalausstattung erforderlich, die die Ver-

ausgabung der den Landschaftsverbänden jährlich zufließenden Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau sicherstellt.

2. Die künftige Finanzierung des Planungsaufwandes (UA III) soll durch eine mittelfristige Festschreibung der jährlich zur Verfügung stehenden Landeszuwendungen verbessert werden. Dies erfordert, daß zunächst der effektive Aufwand für Entwurf, Planung und Bauaufsicht durch eine neutrale Einrichtung ermittelt wird. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Ermittlung sind die Kostentragungsanteile im UA III-Bereich sowohl für den Bundesfernstraßen- als auch für den Landesstraßenbau festzulegen. Die Mittel werden zweckgebunden zugewiesen; der Verwendungsnachweis ist jährlich zu führen.
3. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Untersuchung über den UA III-Aufwand sind auf Bundesratsebene politische Initiativen mit dem Ziel einzuleiten, die pauschalierte Kostenerstattung des Bundes für Planung, Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht im Bereich des Bundesfernstraßenbaus zu erhöhen; dies darf nicht zu Lasten der Investitionsmittel gehen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Prüfung vorzunehmen, wie die Planungsverfahren im Straßenbau gestrafft werden können und welche verfahrensrechtlichen Änderungen hierzu erforderlich sind. Über das Ergebnis ist der Verkehrsausschuß zu unterrichten.

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr Umweltticket ab August?

Über die beabsichtigte Einführung eines sogenannten „Umwelttickets“ beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ließ sich der Verkehrsausschuß unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden, Marianne Thomann-Stahl, F.D.P., im Rahmen einer Aktualen Viertelstunde unterrichten.

Die F.D.P.-Fraktion hatte gebeten, über den Stand der Beratungen zur Einführung und Finanzierung eines „Umwelttickets“ im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr dem Verkehrsausschuß zu berichten. Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr berichtete über die Überlegungen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Einführung eines „Umwelttickets“. Ein sogenanntes Grundmodell und vier Alternativen im Hinblick auf die Fahrpreisgestaltung werden augenblicklich in den Gremien des Verkehrsverbundes diskutiert. Die Geschäftsführung hat die Absicht geäußert, das Umweltticket zum 1. August dieses Jahres einzuführen.

In den Gremien des Verkehrsverbundes zeichne sich nach Informationen der Landesregierung grundsätzlich Zustimmung zu dem Umweltticket ab, allerdings ginge man dort wohl von einer späteren Einführung dieses Tarifangebotes aus. Ein zustimmendes Votum der Verbandsversammlung liege bis heute nicht vor.

Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Marianne Thomann-Stahl, wollte insbesondere wissen, ob es zu diesem geplanten neuen Tarifangebot schon eine Meinung bei der Landesregierung gäbe und wie die Mindereinnahmen finanziert werden sollten. Insbesondere würde sich die Frage stellen, ob das Land bereit sei, eventuell entstehende Mindereinnahmen ganz oder zum Teil auszugleichen.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Böse, schlug vor, dies Thema erst dann im Ausschuß zu diskutieren, wenn die Entscheidungsfindung im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr abgeschlossen sei und man dort einen konkreten Beschluß gefaßt habe. Im Moment könne niemand die gestellten Fragen hinsichtlich der zu erwartenden Mindereinnahmen beantworten, da nicht bekannt sei, welches Umweltticket zu welchem Preis eingeführt werden soll.

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, meinte, daß dies Thema sehr wohl zum jetzigen Zeitpunkt von Interesse für den Verkehrsausschuß sei. Vor dem Hintergrund der zu beobachtenden verkehrlichen Entwicklung in den Städten des Landes müsse man auch im Verkehrsausschuß des Landtages über neue Angebote in den Verkehrsverbänden und Betrieben nachdenken. Die CDU-Fraktion wolle von der Landesregierung wissen, ob sich das Land verpflichtet fühle, eventuell entstehende Mindereinnahmen beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zumindest teilweise auszugleichen.

Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling machte deutlich, daß ein politisches Votum der Verbandsversammlung notwendig sei. Dieses Votum sei erst dann zu erwarten, wenn die Tarifmodelle zum Umweltticket durchgerechnet sind. Erst zu diesem Zeitpunkt sei zu erwarten, daß der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr an die Landesregierung herantrete und sie über die finanziellen Konsequenzen der Einführung eines Umwelttickets unterrichte.



Vom Einsatz nach dem Zugriff auf der Autobahn bei Siegburg berichteten Notärzte und ein Hubschrauberpilot im Untersuchungsausschuß am 31. Januar. Foto: Schüler

Bedrückender Einsatz der Notärzte

Von erfolglosen Wiederbelebungsmaßnahmen bei der erschossenen Geisel Silke Bischoff berichteten in der 50. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 31. Januar Dr. Alexander Lechleuthner, Chirurg aus Köln-Merheim, und Dr. Petra Ruhr vom Krankenhaus Siegen. Nach ihrem Eintreffen mit Hubschraubern am Ort des polizeilichen Zugriffs auf der Autobahn bei Siegburg am 18. August 1988 sei Silke Bischoff bereits klinisch tot gewesen. Ihr Herz und ein Teil der Lunge seien zerfetzt gewe-

sen. Höchstens bis zu fünf Minuten nach der Gewaltanwendung gebe es bei solchen Schußverletzungen geringe Überlebenschancen. Allein der Flug habe aber 14 Minuten gedauert. „Ein Überleben wäre vorstellbar, wenn die Verletzung nicht ganz so schwer gewesen wäre“, sagte Dr. Lechleuthner. Aus der Einsatzleitung des Rhein-Sieg-Kreises berichtete noch ein Beamter der Feuerwehr. Ein Hubschrauberpilot schilderte das Geschehen aus seiner Perspektive.

Literatur

Zwischen Sozialisierungsabsicht und Demontagedilemma

Biographie des ersten Wirtschaftsministers des Landes NRW, Erik Nölting

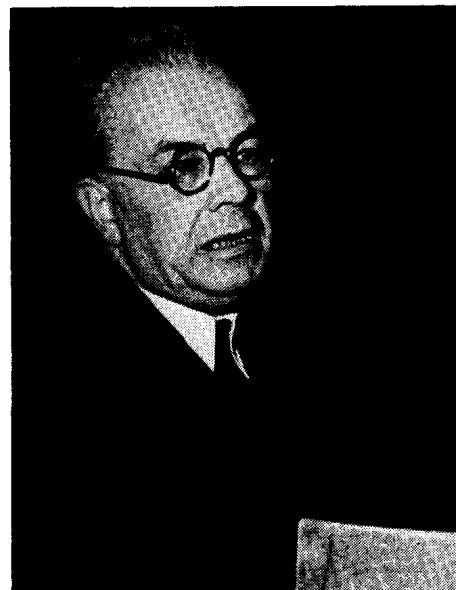
Gute Biographien über Politiker unterhalb der direkten Parteispitze sind rar. Um so erfreulicher ist es, daß nun Lebensweg und Wirken Erik Nöltings, des ersten Wirtschaftsministers Nordrhein-Westfalens, einer interessierten Öffentlichkeit bekannt werden. Die Autorin hatte gute Startbedingungen. Als Enkelin Erik Nöltings fand sie Zugang auch zu privaten Dokumenten, als Historikerin weiß sie damit umzugehen. Das Ergebnis: Eine informative und umfangreiche Biographie entwirft das Bild des „Experten“ Nölting, dem insbesondere Sachkompetenz und sprachliche Meisterschaft zum raschen Aufstieg in der SPD verhelfen. Und weil Claudia Nölting den Lebensweg einer der wenigen Sozialdemokraten verfolgt, die sowohl vor 1933 als auch nach 1945 politische Ämter bekleidet haben, wird seine Biographie dabei unversehens zur differenzierten Partei- und Landesgeschichte.

Wer also Anekdoten aus der innerparteilichen Cliquenwirtschaft oder aus dem Familienleben Nöltings erwartet, sieht sich getäuscht. Ein Politiker, dem Parteiämter eher lästig waren und der sein Privatleben bewußt von der Öffentlichkeit fernzuhalten wünschte, wird porträtiert durch seine wirtschaftspolitische Arbeit: als Professor an der Frankfurter Akademie der Arbeit, als origineller Denker und ertragreicher Feuilletonist, als Abgeordneter im preußischen Landtag und — nach dem Zusammenbruch — als Wirtschaftsminister des industriemächtigsten Bundeslandes der jungen Republik. Und zu Recht wird Nölting an keiner Stelle als schrankenloser Individualist auf freiem Felde, sondern stets innerhalb hemmender nationaler oder internationaler Strukturen betrachtet. Denn nur so wird verständlich, warum Nölting gerade dort erfolgreich war — und auch nur dort erfolgreich sein konnte

— wo er nicht an den Grundfesten der sozio-ökonomischen Ordnung rüttelte: bei der Begrenzung der Demontage und nicht bei der Sozialisierung, bei der Förderung der Produktivität und nicht in der (begrenzt gedachten) Planwirtschaft.

Erik Nölting ging in die Geschichte ein als der konzeptionelle und politische Gegenspieler Ludwig Erhards, dem er letztlich unterlag. Die Biographie beweist, daß dieses Urteil die Bedeutung Nöltings verfälscht und verkürzt. Seine Forderungen nach indirekter Lenkung der Wirtschaft zeigen ihn als Vorläufer dessen, was später als „Lenkung der leichten Hand“ zum Synonym sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik wurde. Seine tagespolitische Arbeit, die tonangebend in der Wirtschaftspolitik der Länder war, charakterisiert ihn als effektiven und undogmatischen Organisator.

Im Rahmen ihrer Würdigung unterläßt es Claudia Nölting jedoch ebenfalls nicht, Fehler und Fehlentscheidungen Erik Nöltings zu erläutern, seien es Bruchstellen seiner Theorie oder Taktik. Auch in dieser Frage profitiert der Leser von der sachlichen und differenzierten Betrachtungsweise der Autorin. Es ist der Biographie eben anzumerken, daß sie aus der Dissertation Claudia Nöltings hervorgegangen ist. Vor allem im positiven Sinn. Jeder interessierte Leser wird die sorgfältige Recherche und die gut gegliederte Darstellung zu schätzen wissen, die auch kontroverse Urteile zur Person Nöltings nicht verschweigt. Claudia Nölting hat ihre Ergebnisse präzise formuliert, und sie sind aufgrund der sorgfältigen Argumentation überzeugend. Der interessierte Laie wird vielleicht bedauern, daß der kompri-



Erik Nölting (SPD)

mierte Schreibstil und eine Vielzahl aufzulösender Abkürzungen die Lektüre nicht gerade erleichtern. Ebenso hätte ein Stichwort- oder Namensverzeichnis oder eine Zeittafel den populären Gebrauchswert erhöht. Trotzdem: die Biographie ist gut. Vielleicht hätte sie durch einige kleine Änderungen noch besser werden können.

Birgitta Schuh
(Claudia Nölting: Erik Nölting. Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892—1953). Klartext-Verlag, 379 Seiten, 29,80 Mark.)

Vogelfang in Belgien

Auf ein Verbot des Vogelfangs wildlebender Vogelarten in Belgien, zumindest aber im europäischen Naturpark Eifel-Ardennen, dränge die Landesregierung seit langem. Deshalb habe sie die Bundesregierung aufgefordert, das Königreich Belgien zur Einhaltung der EG-Vogelschutzrichtlinie und des Abkommens zur Errichtung und Ausgestaltung des Naturparks zu veranlassen. Die Landesregierung habe darauf hingewirkt, daß die in der Beratenden Kommission des Naturparks vertretenden Mitglieder Nordrhein-Westfalens das Königreich Belgien zu einem Verbot des Vogelfangs auffordern. Die Landschaftsbehörden an der Grenze zum Königreich Belgien, also vor allem im Regierungsbezirk Köln, seien durch mehrere Erlasse angewiesen worden, den illegalen Import und Handel geschützter Vögel besonders stark zu kontrollieren. Die Landesregierung sei zur uneingeschränkten Unterstützung der Aktion deutscher und belgischer Naturschützer gegen den Vogelfang bereit. So lautete die Antwort des Umweltministers Matthiesen (SPD) auf eine Mündliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Wendzinski in einer Fragestunde des Landtags.



Der Präsident der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. med. Hans Schadewaldt (r.), hat im Landtag seinen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) empfangen worden. Schadewaldt, kommissarischer Leiter des Instituts für die Geschichte der Medizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, ist der zweite Präsident der Akademie nach Professor Dr. med. Franz Grosse-Brockhoff, der aus der Landeshauptstadt kommt. Schadewaldt hat die Amtsgeschäfte am 1. Januar 1990 für zwei Jahre übernommen. Er war zuvor bereits vier Jahre im Präsidium. In den Amtsjahren 1984 und 1985 hat er als Sekretar die Klasse für Geisteswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften geleitet.
Foto: Schüler

SPD-Fraktion**Positives Echo auf die „Öffnung von Schule“**

Die SPD-Landtagsfraktion will den Kultusminister, die Schulen und Lehrer ermutigen, das Konzept „Öffnung von Schule“ verstärkt umzusetzen. „Das positive Echo im Lande, aber auch das große Interesse über die Landesgrenzen hinaus haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind“, kommentierte Dr. Manfred Dammeyer als schulpolitischer Sprecher der Fraktion. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, dem Landtag 1992 einen umfassenden Erfahrungsbericht vorzulegen.

Ein Anliegen des Konzeptes „Öffnung von Schule“, so Manfred Dammeyer, sei, Orientierung zu finden in einer Welt mit fast unübersehbaren Orientierungsangeboten. In dieser Situation komme es vor allem darauf an, die Schulen in ihrer pädagogischen Aufgabe zu stärken und sie zu ermutigen, mit außerschulischen Partnern zusammenzuarbeiten. Das Konzept habe die in vielen Schulen bereits vorhandene Praxis bestätigt, aber auch neue Initiativen in Gang gesetzt. „Mit großem Engagement haben sich dabei Eltern, Schüler und außerschulische Partner zu gemeinsamen Aktivitäten zusammengefunden“, resümiert Dammeyer.

In einem Antrag für den Landtag will die SPD-Fraktion den Kultusminister darin bestärken, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

★

Einen Informationsbesuch in Brüssel machte die Arbeitsgruppe „Europapolitik“ der SPD-Landtagsfraktion unter Leitung von Erich Heckelmann.

Im Mittelpunkt eines Meinungsaustausches zwischen den nordrhein-westfälischen Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament standen Fragen zur Energiepolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Landes- und Europaparlamentarier aus Nordrhein-Westfalen sprachen sich gegen die Absicht der EG-Kommission aus, das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages mit der Steinkohle weiter zu reduzieren. Das RECHAR-Programm der EG-Kommission, mit dem die weitere Umstrukturierung der Bergbauregionen finanziell gefördert werden soll, stieß dagegen auf einhellige Zustimmung der Parlamentarier.

Defizite in der europäischen Umwelt- und Verbraucherpolitik wurden in Gesprächen mit Beamten der EG-Kommission deutlich. Der Entsorgungsnotstand beim Müll muß nach Ansicht der SPD-Landtagsabgeordneten endlich auch auf europäischer Ebene von der Politik als Auftrag verstanden werden, eine ökologische Abfallwirtschaft mit Abfallvermeidung und Müllverwertung statt Müllexport zu entwickeln. Mit Erstaunen nahmen die Landtagsabgeordneten zur Kenntnis, daß der Verbraucherschutz im Einheitlichen Binnenmarkt ab 1993 offenbar nur als Fußnote in Erscheinung treten soll.

CDU-Fraktion**Abwertung von Ehe und Familie beschlossene Sache**

Kritik an den familienpolitischen Aussagen im neuen SPD-Grundsatzprogramm übe der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rüsenberg, in Düsseldorf. Schon in der Überschrift werde die Familie mit anderen Lebensgemeinschaften gleichgesetzt. Zwar bekenne sich die SPD dazu, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen, andererseits fordere sie im nächsten Satz, daß alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit haben. Deshalb, so die SPD, müssen Staat und Gesellschaft neben den Familien auch die nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften anerkennen, schützen und fördern.

Damit sei, so der CDU-Politiker, die programmatische Abwertung von „Ehe und Familie“ durch die SPD eine beschlossene Sache. Die CDU vertrete eindeutig die Auffassung, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der Verfassung stehen und weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen sie ersetzen können. Diese nachdrückliche Bejahung des Verfassungsgeständnisses von Ehe und Familie bedeute für die CDU, so Rüsenberg, keine Diskriminierung anderer Lebensgemeinschaften, für die sich der einzelne in seiner persönlichen Verantwortung entscheide. Die Verpflichtung des Staates sei in Regelungen zu sehen, die in diesen Fällen das besondere Schutzbedürfnis der Kinder außerhalb von Ehe und Familie berücksichtigen.

Deutlich kritisierte der CDU-Landtagsabgeordnete auch einige Aussagen im SPD-Programm zum Schwangerschaftsabbruch. In ihrer deutlichen Ablehnung der geltenden Strafrechtsbestimmungen verkenne die SPD, daß ungeborenes Leben auch mit Mitteln des Strafrechts geschützt werden kann und muß. Er betonte, daß die SPD im Hinblick auf den Schutz des „werdenden Lebens“ die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau anerkenne, aber mit keinem Wort das grundgesetzlich gesicherte Recht des ungeborenen Kindes auf Leben erwähnt werde. Die CDU dagegen vertrete eindeutig die Position, daß das Recht des Kindes auf sein Leben bei der Güteabwägung vor das Selbstbestimmungsrecht der Frau trete. Dies entspreche auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Rüsenberg forderte dazu auf, in Konfliktfällen den betreffenden Frauen praktisch zu helfen. Der Ruf nach dem Gesetzgeber sei unzulässig, wenn vor Ort die notwendigen Hilfen verweigert würden. Insbesondere die Männer seien gefordert, ihrer Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Kind gerecht zu werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion**F.D.P. unternimmt letzten Anlauf für Schulfrieden in NRW**

In Nordrhein-Westfalen gibt es immer noch keinen Schulfrieden, weil die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb aller Schulformen nach wie vor fehlen. Privilegien in der Lehrerzuweisung, der Sachausstattung oder der Werbung für die Gesamtschule bestimmen immer noch die Konfliktstrategie der SPD und der Landesregierung.

Die SPD hat in dieser Legislaturperiode viele Chancen vertan, den notwendigen Schulfrieden in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Jüngste Äußerungen ihres Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann und Aussagen im Entwurf des Landeswahlprogramms haben die F.D.P.-Landtagsfraktion aber dazu veranlaßt, einen letzten Anlauf zu wagen, für einen neuen Konsens im Bildungssystem unseres Landes zu sorgen. Ein solcher Grundkonsens bildet die entscheidende Voraussetzung, das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen zu optimieren.

Die F.D.P. hat die SPD beim Wort genommen und in ihrem Antrag „Kurs auf neuen Schulfrieden“ Feststellungen getroffen und Forderungen erhoben, die die SPD gemeinsam mit F.D.P. und CDU unterschreiben kann, wenn sie es ehrlich mit ihren Verlautbarungen meint.

Um den Schulfrieden zu sichern und Chancengerechtigkeit zu wahren, leitet die F.D.P. folgende Eckpunkte für den notwendigen Schulfrieden ab:

1. Die Gemeinden müssen mehr Freiheit bei der Gestaltung der Schullandschaft erhalten. Das Elternrecht ist unantastbar.
2. Die Zusammenarbeit der Schulformen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit muß vom Kultusminister nachhaltig unterstützt werden.
3. Die Errichtung von Gesamtschulen muß abhängig sein von einer ausgewogenen Schülerpopulation aus dem oberen, mittleren und unteren Leistungsbereich, um der Entwicklung der Gesamtschule zu einer Ersatzhauptschule entgegenzuwirken.
4. Die Richtlinien sind so zu entwickeln, daß jede Schulform wieder ein unverwechselbares Profil erhält.
5. Für die Eltern muß eine objektive und umfassende Information über die Chancen und Anforderungen unterschiedlicher Bildungswege angeboten werden.

Rau und Farthmann führen Reserveliste der SPD im Land an

Die Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD hat am 3. Februar in Siegen die Aufstellung der Landesreserveliste für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 verabschiedet. Mit nur einer Gegenstimme bei zwei Enthaltungen ist Ministerpräsident Johannes Rau zum Spitzenkandidaten seiner Partei gewählt worden. Auf dem zweiten Platz folgt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Nachfolgend die Landtagsabgeordneten, die aufgestellt wurden, sowie in Klammern hinter dem Namen ihre Platzierung auf der Liste:

Johannes Rau (1), Friedhelm Farthmann (2), Anke Brunn (3), Ilse Ridder-Melchers (4), Herbert Schnoor (5), Brigitta Heemann (6), Marie-Luise Morawietz (8), Anne Garbe (11), Johannes Sondermann (14), Erich Heckelmann (15), Günter Spangenberg (16), Ludger Hovest (18), Joachim Westermann (19), Horst Hein (23), Bernd Feldhaus (24), Karl-Heinz Brülle (27), Adolf Retz (30), Helmut Kupski (31), Brigitte Speth (34), Hagen Müller (35), Reinhold Hemker (37), Martin Stevens (39), Heinz Hilgers (45), Günter Harms (46), Hans Jaax (48), Hermann Jansen (52), Marita Rauterkus (53), Gunther Sieg (54), Ingeborg Friebe (55), Hans Kern (57), Hans Kraft (58), Manfred Hemmer (60), Hans Vorpeil (66), Eugen Gerritz (71), Manfred Ludwig Mayer (75), Karl Schultheis (76), Herbert Heidtmann (78), Ernst Martin Walsken (79), Jürgen Schaufus (81), Robert Schumacher (83), Jürgen Büssow (85), Hans Alt-Küpers (87), Walter Grevener (88), Uwe Herder (90), Reinhard Grätz (93), Horst Radtke (97), Jürgen Thulke (98), Johannes Gorlas (101), Manfred Dammeyer (102), Rudolf Apostel (103), Johannes Pflug (105), Friedrich Hofmann (106) und Gerd-Peter Wolf (107).

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, hat, verkleidet als Schaffner der Wuppertaler Schwebebahn, die Laudatio für den neuen Ritter des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ seinen baden-württembergischen Amtskollegen **Lothar Späth** (CDU), gehalten. Der Stuttgarter Ministerpräsident erhielt als 41. Prominenter den Orden des Aachener Karnevalsvereins (AKV).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Ingeborg Friebe (SPD)

Sie sei „überall die Jüngste“ gewesen, sagt Ingeborg Friebe über sich. Und meint damit, daß sie oft die Erste war. Oder doch ganz vorne mit dabei in dieser Republik. 1949, gerade 18 Jahre alt, war sie mit dabei, als in Niedersachsen der Landesverband der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) gegründet wurde; dessen Erste Vorsitzende wurde sie später. Und in Nordrhein-Westfalen, wohin es sie Mitte der 60er Jahre verschlug, war sie die erste Vorsitzende eines SPD-Unterbezirks (im Rhein-Wupper-Kreis). „Mutter Monheim“ heißt sie bei ihren Parteifreunden, denen sie seit 1976 als Bürgermeisterin der gleichnamigen rheinischen Stadt Respekt abverlangt.

Die Frau stammt aus altem Braunschweiger Proletarier-Adel. Die Großmutter, eine engagierte Sozialdemokratin, war Betriebsrätin in einer Blechwarenfabrik und kämpfte für die politische Gleichberechtigung der Frau. Ihr Vater ein Kommunist. Ingeborg Friebe kühle Art läßt nur ahnen, welche hitzigen Diskussionen da am heimischen Küchentisch geführt wurden. Aber sie wirken nach und korrespondieren mit den traumatischen Erfahrungen der Nazi-Gewaltherrschaft. Der Vater, mehrfach inhaftiert, wurde im KZ ermordet, die Mutter drangsaliert. „Wenn sie zur Gestapo mußte, hat sie uns, meine beiden Brüder und mich, mitgenommen“, erinnert sie sich. „Sie wurde dann etwas weniger geschlagen.“

Eine höhere Schule durfte sie als Tochter eines Kommunisten nicht besuchen. Sie habe wohl eine „andere Jugend erlebt“ als die meisten ihrer Altersgenossen, beschreibt sie die Folgen der Sippenhaft. Nach dem Krieg stand sie da, „hungrig nach Wissen“. Und lernte in Abendkursen Englisch und Gesellschaftskunde; tags Arbeit in einer Puddingfabrik, später, von Freunden der Familie gefördert, als Telefonistin beim jungen DGB. Rechtsschutzsekretärin wollte sie werden. 1952, mit dieser beruflichen Ausbildung noch nicht ganz fertig, heiratete sie einen Kollegen von der Gewerkschaft, wurde Mutter von zwei Kindern und Hausfrau.

1966 zieht Ingeborg Friebe mit ihrem Mann von Braunschweig nach Monheim um — und wird nach 13 Jahren wieder öffentlich aktiv. Zunächst in der Kommunalpolitik für die SPD, der sie sich, ihren Erfahrungen folgend, schon 1950 angeschlossen hat. Ein Jahr später (1967) gehört sie dem Kreisvorstand an, wird Mitglied des Parteirats (1970 bis 1975) und des Bezirksvorstands Niederrhein (1970 bis 1976). 1969 wird Ingeborg Friebe in den Rat der Stadt Monheim gewählt, sieben Jahre später ist sie Bürgermeisterin. Schon im Jahr davor ist sie in den Landtag gewählt worden. Parlamentarische Arbeit lernt sie im Petitionsausschuß, in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit, Soziales und für Justiz. Bald danach, schon arri- viert, sitzt sie für Anke Brunn, die als „Notopfer Berlin“ an die Spree entsandt worden ist, im Fraktionsvorstand. Und 1985 wird sie 2. Vizepräsidentin des Landesparlaments. Ihre politische Karriere, sagt sie, verdanke sie nicht ihrem Geschlecht. Daran gibt es

keinen Zweifel. Eine „Emanze“ will sie nicht sein, und zu radikalen Feministinnen hat sie überhaupt kein Verhältnis. Ihre politische Philosophie ist sozusagen traditionell. Sie sei überzeugt davon, daß die Frauen in der Politik „nur was mit den Männern zusammen“ erreichen können oder gar nicht. Auf dem SPD-Parteitag in Münster, der die Vergabe von Parteiämtern und Mandaten an einen Geschlechterschlüssel bindet, mit dem den Frauen bessere Chancen eingeräumt werden sollen, hat sie zwar für die Quote gestimmt, sie aber nicht eigentlich ernstgenommen. Sie ist nicht überzeugt gewesen, „daß das der richtige Weg“ sei, sagt sie und spricht damit ihrem Fraktionschef Friedhelm Farthmann aus dem Herzen, der in Münster gegen die Quotierung argumentiert und schließlich auch gestimmt hatte. Zu ihm hat sie ein „gutes und freundschaftliches Verhältnis“, ebenso zu Ministerpräsident Johannes Rau.

Ihr paradoxes Ja zur Quote versteht Ingeborg Friebe gewissermaßen als Strafe für die uneinsichtigen Männer, die die Frauen nicht aufkommen lassen wollen. „Sie haben sich das selbst eingebrockt“, findet sie. Und „nur aus Solidarität mit den Frauen“ habe sie dafür gestimmt. Im heimischen Monheim jedenfalls ist nach ihrer Auffassung eine Quote nicht nötig. Frei und ganz unbeschwert bewegt sie sich im verminten Gelände zwischen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und den Quotengegnern.

Das könnte ihr zum Vorteil gereichen, wenn es im nächsten Landtag, der am 13. Mai gewählt wird, um das höchste Amt geht. Der Sessel des Landtagspräsidenten wird frei, weil sein gegenwärtiger Inhaber, der Bielefelder Sozialdemokrat Denzer, aus der Politik ausscheidet. Ingeborg Friebe ist als Nachfolgerin im Gespräch. Mit ihr habe aber „noch niemand gesprochen“, sagt sie. Und sie selbst hat „auch noch mit niemand darüber geredet“. Im übrigen ist sie „sehr gerne Bürgermeisterin“. Wie und ob beide Ämter „zusammen gehen würden, weiß ich noch nicht“.

Daß sie das hohe Amt reizt, sie sich ihm auch gewachsen fühlt, will sie also nicht verleihen. Und wenn etwas daraus würde, wäre sie wieder einmal „die Jüngste“ — jedenfalls in NRW. Bernd Kleffner

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 2. bis 4. März 1990

- 2. 3. **Dr. Peter Heinemann** (SPD), 54 J.
- 3. 3. **Egbert Reinhard** (SPD), 62 J.
- 3. 3. **Manfred Hemmer** (SPD), 53 J.
- 3. 3. **Heinz Paus** (CDU), 42 J.
- 4. 3. **Hans Watzke** (CDU), 58 J.
- 4. 3. **Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.), 47 J.

Jahresinhaltsverzeichnis

Das Jahresinhaltsverzeichnis 1989 von „Landtag intern“ ist erschienen und kann beim Landtag Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, bestellt werden.

Karl Trabalski, SPD-Abgeordneter aus Düsseldorf und langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, ist mit dem nach dem ehemaligen Düsseldorfer Stadtbildpfleger benannten Hans-Maes-Preis für Denkmalpflege ausgezeichnet worden. Mit dieser Ehrung ist Trabalskis Einsatz für den Erhalt historischer Ensembles, Arbeitersiedlungen eingeschlossen, und sein maßgeblicher Einfluß auf das Denkmalschutzgesetz des Landes gewürdigt worden.

★

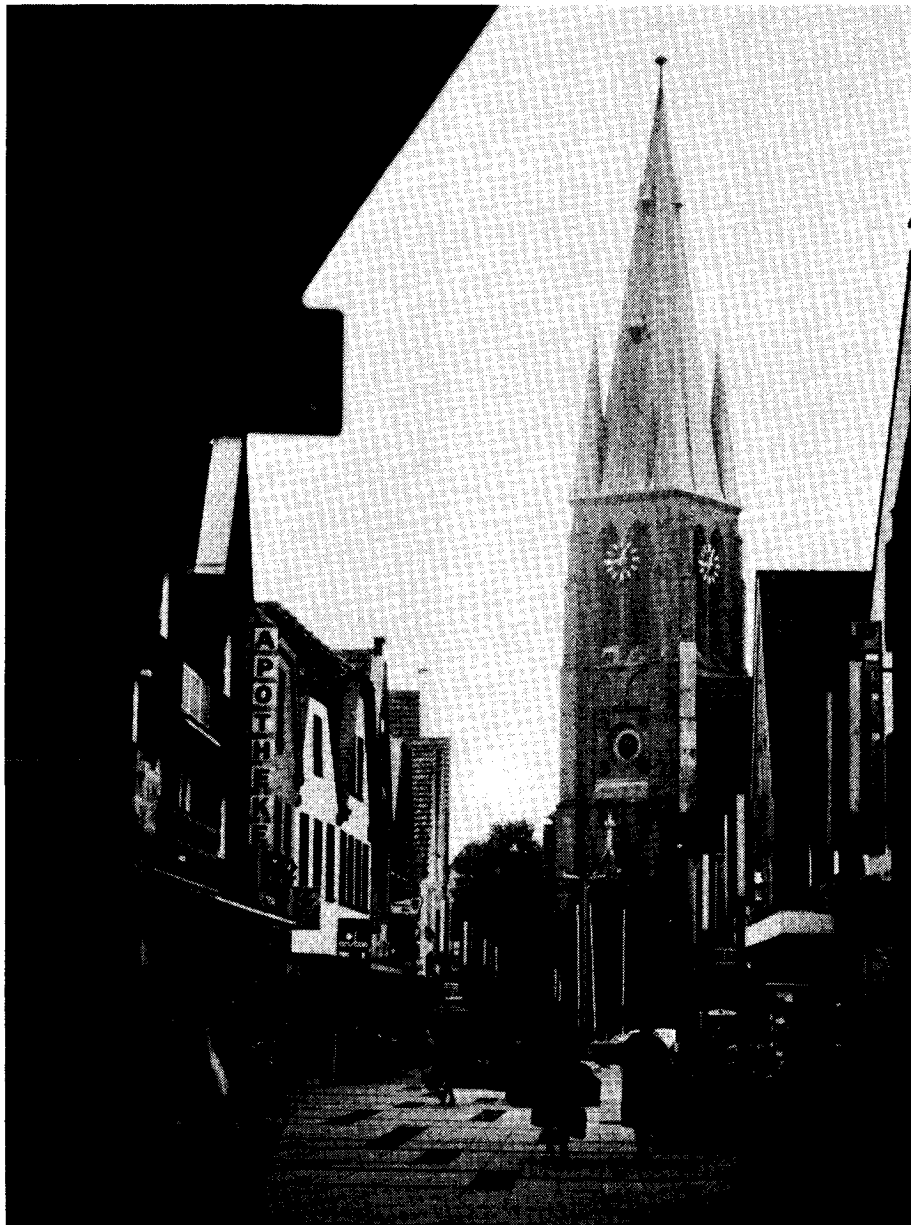
Heinrich Pahlenberg, CDU-Landtagsabgeordneter von 1958 bis 1970, ist im Alter von 78 Jahren in Siegburg gestorben. Pahlenberg hat in seiner letzten Legislaturperiode dem Rechnungsprüfungsausschuß, dem Ausschuß für Soziales und Gesundheit sowie dem Petitionsausschuß als ordentliches Mitglied angehört. Als stellvertretendes Mitglied war er im Arbeitsausschuß, im Haushalts- und Finanzausschuß, im Ausschuß für Innere Verwaltung sowie dessen Unterausschuß für Polizeifragen politisch tätig. Der frühere Abgeordnete stammte aus Köln-Kalk. Er war Werkzeugmacher von Beruf. Er gehörte der CDU seit 1954 an und war ab 1956 Ratsherr in Siegburg.

★



Der Bundeswehrbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion und neue Vorsitzende des Landesfachausschusses Sicherheitspolitik, Peter Bensemman (M.), hat sich mit dem Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf, Hartmut Meyer-Truelsens (r.) sowie dem Vizepräsidenten Peter Nobis (l.) zu einem Gespräch getroffen, bei dem es auch um die wirtschaftlichen und administrativen Auswirkungen bei der Reduzierung von Streitkräften sowie um die Zusammenarbeit zwischen Wehrverwaltung, Land und Gemeinden bei der Unterbringung von Aus- und Übersiedlern ging.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die ganze Vielfalt des Ruhrgebiets ist im Kreis Recklinghausen anzutreffen: Bergbau, Kraftwerke, Chemie und Fabrikation. Der Kreis Recklinghausen ist das Zentrum der Arbeitsmarktregion Nördliches Ruhrgebiet und dehnt seinen Einfluß bis weit hinein in das südwestliche Münsterland aus. Trotz Bergbauprägung und Industrialisierung verfügt der Kreis über eine insgesamt „saubere“ Arbeitsplatzstruktur. Industrie, verarbeitendes Gewerbe und Handel sowie Dienstleistungen halten sich mit jeweils rund 70 000 Beschäftigten die Waage. Im Kreis Recklinghausen spielt indessen auch der Faktor „Umwelt“ eine große Rolle. Bei der Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie wird der Umweltschutz nicht als Wachstumsbremse verstanden. Der Kreis mit seinen Städten Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen und Waltrop weist ferner zahlreiche Sehenswürdigkeiten auf wie die Engelsburg in Recklinghausen oder die Wasserschlösser Haus Wittringen in Gladbeck, Haus Vogelsang in Datteln oder Haus Sythen in Haltern-Sythen. Auch die Stadtkerne selbst, weitgehend mit einer Infrastruktur wie Großstädte versehen, haben ihren Reiz. Das Bild zeigt die Fußgängerzone in Haltern.

Foto: Ehrlich/SVR